

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 29. Mai 1931
Ausg. A 13. Jahrgang, Nummer 106

ersch. täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: wöchentlich 48 Pf., 12 Wk. 60 Pf., monatlich 2,10 RM., 30 Wk. 6,30 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM., unter Streifen 2 RM. Anzeigenpreis: Die begehrtsten Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Werksammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigenpreis: Die dreizehnbaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Hauptredaktion um 5 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzbühlstraße 50, 1. o. l. o. b. o. l. e. d. o. n. 450 89, Westschlesien
Breslau 544, Redaktion: Breslau 10, Kreuzbühlstraße 50, Telefon 439 02. Sprechzeit der Redaktion von 12-13 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion: G. S. l. i. g., Runkel 6, Telefon 23 84. Geschäftszeit von 8-10 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlag Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, — Druck: „Fortschritt“ AG., 111 Breslau, Kreuzbühlstraße 50, Telefon 464 55.

Die SPD. hilft dem Stahlhelm!

Zwei Aufrufe der SPD. — Nichts wie Phrasen und Lügen, keine Kampfmaßnahmen
Werkstätige, schließt die Einheitsfront, organisiert die Abwehr der Stahlhelmüberfälle
Bereitet den Proteststreik gegen Stahlhelmüberfälle vor

Der SPD. brennt es auf den Fingern. In ihrer gestrigen „Vollmacht“ veröffentlicht sie gleich zwei Aufrufe zum Stahlhelmtag. Der eine ist unterschrieben vom „Ortsverein Groß-Breslau“ und der andere vom „Bezirksvorstand Mittelschlesien“. Wie sie sich drehen und wenden, wie sie sich bemühen, auf der einen Seite den notwendigen radikalen Ton zu finden, um den Stimmungen der Arbeiterschaft, um der Empörung der werktätigen Volksgenossen der Stahlhelm gerecht zu werden, auf der anderen Seite bei Leibe nicht dem Stahlhelm wehe zu tun, und drittens muß sie verhindern, daß die Arbeiter und Werkstätige der Kampfparole der kommunistischen Partei folgen.

„Der Stahlhelm ist die Organisation, die sogar der bürgerlichen Republik, in der wir leben, daß bis auf den Tod geschworen hat.“

„Die Breslauer Sozialdemokratie als die politische Organisation des Proletariats hatte zur

Gegenkundgebung

aufgerufen. Die Polizei hat unter Berufung auf die Notverordnung des Reichspräsidenten die Gegenkundgebung verboten. Die Arbeiter-

Brot für die Arbeitslosen für Arbeiter u. Angestellte für den notleid. Mittelstand

fordert das Arbeitsbeschaffungs-Programm der K P D. Wir veröffentlichen dasselbe im Innern dieser Zeitung!

schaft muß die Republik, wie es scheint, gegen die Organe des republikanischen Staates schützen.

Wir protestieren gegen das Verbot, wie wir gegen den Aufmarsch des Stahlhelms unsere Stimme erheben.“

Das ist das Kernstück des Aufrufes der Breslauer Organisation. Und das ist eine einzige Lüge! Der Stahlhelm hat nämlich keineswegs der bürgerlichen Republik „daß bis auf den Tod“ geschworen. Das hat er früher einmal getan, als er gegründet wurde. Inzwischen hat er längst das Bekenntnis zur Republik abgelegt, zu jener Republik, die den Drahtziehern des Stahlhelms, den Junkern und Großkapitalisten die dicksten Profite sichert.

„Die Arbeiterschaft muß die Republik gegen die Organe des republikanischen Staates schützen?“ Nein, nicht die Arbeiterschaft muß das, sondern die Sozialdemokratie muß diese Republik gegen die Angriffe der Arbeiterschaft schützen. Das ist ihre heiligste Aufgabe. Denn sie stellt ja den größten Teil, den weitaus größten Teil, der republikanischen Staatsorgane.

Ihre Severinge und Jörgel, ihre Braun und Grzesinski, ihre Hermann Müller und Noke sind es ja, die diese Republik, in der die breiten werktätigen Massen verelenden, in der Millionen hungern und langsam zugrunde gehen, schützen vor dem Ansturm der Arbeiterschaft.

Niemand anders als Otto Braun hat das Verbot des Stahlhelms im Rheinland aufgehoben, und niemand anders als Severing hat den Raten Frontkämpferbund verboten, und die gesamte SPD-Fraktion im Reichstag hat immer wieder und wieder jeden Antrag der kommunistischen Partei auf Aufhebung dieses Verbotes abgelehnt.

Der Oberpräsident von Schlesien, Lüdemann, ist ein Sozialdemokrat. Wie ist es nun, SPD-Proleten, müßt ihr sozialdemokratischen Arbeiter diese bürgerliche Republik gegen eure Parteigenossen Lüdemann verteidigen?

Nein! Nicht die bürgerliche Republik müßt ihr gegen ihn verteidigen, sondern euch und eure Interessen, die Interessen der Arbeiterschaft und der Werkstätigen müßt ihr verteidigen gegen die SPD-Funktionäre des Staates.

Dann schreibt dieser Aufruf von der Kriegsdrohung gegen Polen, die der Stahlhelmaufmarsch darstellen soll. Das ist wieder eine Lüge! Die Sozialdemokratie weiß ganz genau, und der Stahlhelm hat das offen bekundet, daß sich dieser Aufmarsch nicht gegen die polnischen Imperialisten, sondern gegen die russischen Arbeiter und Bauern richtet, die ihre Kapitalisten davongejagt haben, und die in gigantischer Arbeit den Sozialismus aufbauen.

Und was die Arbeiterschaft von folgenden Phrasen zu halten hat, mit denen der Aufruf abschließt, das ist allzu bekannt.

„Uns vereint brüderliche Solidarität mit dem Proletariat aller Länder; uns trennt abgrundtiefer Haß von der Reaktion im eigenen Lande! Wir werden gegen alle feindlichen Gewalten den Kampf weiterführen unter dem alten Motto: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“

Unter dem alten Motto „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“, zog derselbe Ortsverein Breslau der SPD. 1914 in den „glorreichen Krieg“, und der „abgrundtiefe Haß“, der sie „von der Reaktion im eigenen Lande trennt“, zeigte sich seit eben diesem Kriege bei jeder Gelegenheit. Er zeigte sich, als Noke Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und zehntausende deutscher Arbeiter hinhorden ließ, er zeigte sich in all den Jahren der Republik, als Hörsing in Mitteldeutschland, Severing im Ruhrgebiet, Jörgel in Berlin ihre „Völkerversehnenbe Tätigkeit“ ausübten. Er zeigte sich jedesmal, wenn es galt, den Arbeitern in den Rücken zu fallen, in ihren Kämpfen um Lohn und Brot, gegen Sozialreaktion und Faschismus. Dieser „abgrundtiefe Haß“ zeigt sich in den Ministerjesseln, in den Posten des Polizeipräsidenten, Oberpräsidenten und in den 500 000 gut bezahlten Pfändern, die die Bourgeoisie der Sozialdemokratie dieser bürgerlichen Republik gibt.

Dieser „abgrundtiefe Haß“ zeigte sich vor allen Dingen in der jüngsten Zeit bei der Bewilligung des Panzerkreuzers, zeigte sich in den klassischen Worten des SPD-Schöpfins: „Lieber zehnmal mit dem Reichswehrminister Groener als einmal mit den Kommunisten.“ Er zeigte sich bei der Abstimmung über den Wehretat, er zeigte sich bei der Abwürgung jedes Streiks der Arbeiterschaft gegen Lohnraub, beim Unterdrückungsbau, er zeigte sich in der ganzen Kette der Verbrechen, die die SPD. auf sich geladen hat.

Aber abgrundtiefer Haß besetzt jeden Klassenbewußten Arbeiter, wenn er sich die Rolle der SPD. in dieser kapitalistischen Republik als feste Stütze unserer Republik vor Augen hält. Abgrundtiefer Haß gegen die Sozialfaschisten, gegen die Verräter an der Arbeiterklasse, gegen die Helfer des Faschismus und des Stahlhelms.

Was diese Aufrufe der SPD. bezwecken, das zeigte der großspurig aufgemachte Aufruf des Bezirksverbandes von Mittelschlesien, in dem es heißt:

„Genossen, Arbeiter, Angestellte, Beamte! Weidet jede Verankaltung des Stahlhelms, laßt euch nicht provozieren! Stärkt die Reihen eurer Organisation.“

Das heißt nichts anderes, als das: „Geht hinaus ins Grüne, laßt den Stahlhelm unter sich, laßt ihn marschieren, weidet jede Demonstration gegen den Stahlhelm, hütet euch vor den bösen Bolschewiki.“ Das ist der Zweck der Werbung. Wie sie sich drehen und wenden, wie sie radikale Phrasen drehen, wie sie große Töne reden, um schließlich und letzten Endes nichts, aber auch gar nichts gesagt zu haben, als wie das eine: „Hütet euch vor den Bolschewiki.“

Aber die Arbeiterschaft, die sozialdemokratischen, parteilosen, christlichen Arbeiter, die gesamte werktätige Bevölkerung Breslaus und Schlesiens wird diesen Verrätern an der Arbeiterklasse, wird den Helfern des Stahlhelms die Antwort geben.

Wenn die SPD., wenn der ADGB. einen wirklichen Kampf gegen den Stahlhelm führen will, so brauchen sie nur ihren Masseneinfluß geltend zu machen und die Arbeiterschaft zum Streik gegen die faschistischen Gardes, gegen die Freischärer des Kapitalismus aufzurufen. Kein Stahlhelmer

müßte Breslau, kein Stahlhelmer würde Schlesien betreten!

Aber der ADGB. und die SPD. können und wollen diesen Kampf nicht führen. Dieser Kampf kann nur geführt werden von der Arbeiterschaft, von den werktätigen Massen, kann nur geführt werden gegen den Willen der Sozialdemokratie, gegen die Spaltpartei der Arbeiterbewegung. Dieser Kampf wird geführt in der einseitigen und geschlossenen Front aller Werkstätigen, er wird geführt von der kommunistischen Partei und der K P D., wird geführt vom Kampfbund gegen den Faschismus.

Arbeiter, Werkstätige! Schließt die Front, steht einig und geschlossen gegen die Mordbest, gegen die Kriegs- und Bürgerkriegsgarde, gegen die Streikbrecherorganisation des Kapitals. Organisiert den wehrhaften Kampf, beantwortet jeden Überfall der Mordbanden mit Streik, bereitet vor den Proteststreik gegen den Terror der Stahlhelmbanden!

Folgt den Parolen der kommunistischen Partei, der einzigen, antifaschistischen, antikapitalistischen Partei, kämpft mit ihr gegen die Hungerbitter und Faschismus, gegen Stahlhelmaufmarsch und sozialfaschistischen Verrat, für Arbeit, Brot und Freiheit, für ein Sowjetdeutschland!

Wühlereien im Gehirn der „Vollmacht“-Redakteure

Die „Vollmacht“ sieht sich anlässlich der schwierigen Lage, in der sich die SPD. wegen des Stahlhelmaufmarsches und ihrem Reichsparteitag, der am Sonntag in Leipzig tagen wird, befindet, genötigt, folgende Entree in die Welt zu setzen:

Neue Wühlereien der SPD. im Ruhrgebiet

Da es der SPD. im Ruhrbergbau bisher nicht gelungen ist, eine neue Streikbewegung zu entfachen, ist sie jetzt dabei, die Erwerbslosen aufzuputtschen.

In fast allen Orten versuchen Instrukteure der SPD., unter der Leitung eines angeblichen ehemaligen Leutnants, Terrorgruppen zu bilden, die besondere Anweisungen für den Kampf mit der Polizei und für die Erledigung von Polizeibeamten erhalten. Für besondere Leistungen auf diesem Gebiet sind Prämien ausgesetzt. Ferner wird in Geheimbefehlen und Flugblättern zum Sturm auf die Rathäuser und auf die Wohlfahrtsämter und zu Tötlichkeiten gegen führende Persönlichkeiten (z. B. Oberbürgermeister Jarres-Duisburg) aufgefordert. Zugleich sollen Funktionäre des Kampfbundes gegen den Faschismus aus Belgien und Holland Schutzmasken in erheblicher Zahl einschmuggeln.

Die Polizei ist über diese Vorgänge genau informiert und auf der Wacht!

Das wird nun der Arbeiterschaft, den Werkstätigen, vorgelesen, und das sollen sie glauben. In was für Sprüngen doch Redakteure fähig sind, wenn ihnen die rebellierenden Mitglieder der SPD. ein wenig einbeigen. Auf solchen Grabenhand kann man nur mitteilid lächeln. Die Antwort werden den Faschisten in der „Vollmacht“ die Arbeiter am Sonntag geben, wenn sie dem Stahlhelm einen „herzlichen“ Empfang bereiten werden.

Keine Sonntagsruhe, Rundfunk und Stahlhelm-Aufmarsch

Das Polizeipräsidium teilt mit, daß am Sonntag anlässlich des Stahlhelmtages die Lebensmittelgeschäfte, und zwar die Bäder, Fleischer und Wurstmacher in der Zeit von 11 bis 18 Uhr geöffnet haben. Die Sonntagsruhe ist für diese Geschäfte aufgehoben. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Schließung Funktöne den Haupttrummel des Stahlhelms am Sonntagmittag übertragen und in alle Welt senden wird.

Riesiger Lamtam um den Stahlhelmaufmarsch. Tausend Zeitungen sind eingeladen, extra Presseausweise werden ausgestellt. Die Pressestelle des Polizeipräsidiums hat eine halbe Woche lang Tag- und Nachtschicht, der Rundfunk wird es obendrein in alle Welt polarnen, und selbst die Bäder und Fleischer öffnen ihre Türen. Offener kann die Staatsgewalt nicht mehr dokumentieren, daß sie sich mit dem Aufmarsch des Stahlhelms vollkommen solidarisch erklärt.

Wie sagt doch immer die SPD.? „Man muß den Staat r dem Faschismus schützen.“ Da also!

„Arbeiter-Zeitung“ beschlagnahmt!

Die gestrige Auflage der „Arbeiter-Zeitung“ wurde vom Amtsgericht beschlagnahmt. Eine schriftliche Bestätigung dieser Beschlagnahme liegt jedoch nicht vor. Soviel uns bekannt ist, ist es der Polizei nirgends gelungen, eine Zeitung zu ergattern, wenn man von dem einen Exemplar absieht, daß sie sich in unserer Redaktion aus dem Fenster abholten. Viel Vergnügen, Herr Theiß!

Arbeitsbeschaffungsplan der KPD.

Gegen das Raubprogramm und die Katastrophenpolitik des Finanzkapitals — Arbeit und Brot für Millionen!

Was tut not? Die KPD. zeigt Euch den Weg!

Viermillionen Arbeiter in Stadt und Land leiden unter der Geißel der Erwerbslosigkeit, dem sichtbaren Zeichen der kapitalistischen Krise. Alle Versprechungen der regierenden Minister auf Arbeitsbeschaffung sind nicht in Erfüllung gegangen. Der Herbst und Winter werden ein gewaltiges, neues Anschwellen der Erwerbslosigkeit bringen. Schon heute sprechen selbst kapitalistische Zeitungen von 6 bis 7 Millionen Erwerbslosen im kommenden Winter. Dazu tritt die steigende Kurzarbeit, die die Löhne teilweise auf die Hungerunterstützung der Erwerbslosen herabdrückt und bereits drei Millionen Arbeiter betrifft.

Die herrschenden Finanzkapitalisten und ihre politischen Vertrauensleute von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalsozialisten haben ihre völlige Unfähigkeit bewiesen, die katastrophale Entwicklung der Erwerbslosigkeit zu verhindern. Das kapitalistische System trägt die Schuld an diesem millionenfachen Elend der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Die Weimardiktatur mit ihrem Sparprogramm aber ist drauf und dran, durch eine neue Notverordnung die Armut der Armen noch tiefer in die unerträgliche Not zu stoßen.

Gegen die Katastrophenpolitik der herrschenden Klasse, gegen das Raubprogramm des Trust- und Finanzkapitals, gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde setzt die kommunistische Partei Deutschlands ihren Arbeitsbeschaffungsplan, der den Millionen Erwerbslosen Arbeit und Brot geben kann.

Die kommunistische Partei Deutschlands fordert folgende Maßnahmen und ruft die Massen des werktätigen Volkes in Stadt und Land zum Kampf für diese Forderungen auf:

1. Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten

1. Herabsetzung der Maximalarbeitszeit auf sieben Stunden täglich, bzw. 40 Stunden pro Woche bei der Zahlung des vollen Lohnausgleichs. Für Bergarbeiter und Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Betrieben sowie für Jugendliche die Einführung des sechsstündigen Arbeitstages, Jede Leistung von Überstunden ist verboten.

Trotz Massenarbeitslosigkeit arbeiten Millionen Arbeiter und Angestellte zur Zeit über 48 Stunden pro Woche. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 bzw. 6 Stunden schafft freie Arbeitsplätze für viele Hunderttausende von Arbeitslosen.

Gewaltig ist die Zahl der arbeitslosen Angestellten. Von den 3½ Millionen Angestellten, die im Betrieb sind, arbeitet der größte Teil über 8 Stunden pro Tag. Durch Verkürzung des Arbeitstages könnten circa 500 000 erwerbslose Angestellte Arbeitsmöglichkeiten erhalten.

Etwa 2½ Millionen Jugendliche sind zur Zeit beschäftigt. Die Verkürzung des Arbeitstages auf 6 Stunden kann für etwa eine halbe Million Jugendliche Arbeitsmöglichkeiten bieten.

2. Millionen alter, längst pensionsfähiger Arbeiter hindern die zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen und die Furcht vor den Hungerrenten in der Sozialversicherung, aus dem Produktionsprozess auszuschließen. Die Altersgrenze in der Invaliden- und Knappschaftsversicherung ist deshalb auf 60 Jahre herabzusetzen und all den Arbeitern, die dieses Alter erreicht haben, freizustellen, aus den Betrieben auszuscheiden. Zu gleicher Zeit ist die jetzt geltende Invalidenrente von durchschnittlich 36,40 M. im Monat auf 100 M. zu erhöhen. Für alle zuschlagsberechtigten Angehörigen ist ein monatlicher Zuschlag von je 25 M. zu zahlen.

Die Berufsunfähigkeitsgrenze ist von 66½ auf 50 herabzusetzen. Alle Arbeiter über 50 Jahre haben bei Erreichung dieser Berufsunfähigkeitsgrenze Anspruch auf Pensionierung und Pension in der Höhe der vorgenannten Sätze.

2. Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten

Zur Schaffung weiterer Arbeitsmöglichkeiten ist folgendes durchzuführen:

1. Erweiterung des Wohnungsbauprogramms um 300 000 Wohnungen jährlich.

Nach den amtlichen Angaben fehlen mehr als 1 Million Wohnungen. Die Berechnungen des Statistischen Amtes weisen auf, daß in den Jahren 1931—1935 1 274 000 neue Wohnungen gebraucht werden. Dabei plant die Brüningregierung, im Jahre 1931 höchstens 165 000 Wohnungen bauen zu lassen. Aber auch diese geringe Zahl von Wohnungen soll nicht geschaffen werden, da angeblich die Mieter dazu fehlen. In Berlin allein wohnen 113 000 Familien zur Untermiete, 40 000 in menschenunwürdigen Kellerwohnungen. Berlin wird aber 1931 nur 12 000 bis 14 000 Wohnungen bauen.

Um der dringenden Wohnungsnot zu steuern, müssen jährlich mindestens 300 000 Wohnungen mehr gebaut werden. Da die Herstellung einer Arbeiterwohnung durchschnittlich 10 000 Mark kostet, würde eine Summe von 3 Milliarden ausreichen, um die

zusätzlichen Wohnungen zu erstellen. Bei Erfüllung dieses Bauplanes könnten gegen 220 000 Bauarbeiter das ganze Jahr Beschäftigung erhalten.

Die unhygienischen, oft menschenunwürdigen Wohnungen der Landarbeiter und Kleinbauern müssen bedrängt durch Wohnungen, die den Anforderungen der Hygiene entsprechen, ersetzt werden.

Ebenfalls ist die systematische Sanierung der Elendsquartiere in den Kommunen durch Befestigung der Altkanäle, der alten Häuser und Straßen zu betreiben. Eine Neuaufschließung dieser Stadtteile durch Neubauten einwandfreier Arbeiterwohnungen, Straßen, Kanalisierung, Grünflächen ist sofort in Angriff zu nehmen.

2. Sofortige Inangriffnahme der bisher immer wieder aufgeschobenen Erneuerungsarbeiten bei der Reichsbahn und den sonstigen öffentlichen Verkehrsrichtungen. Durchführung der Elektrifizierung der Reichsbahn in den wichtigsten Industriebezirken, sofortige Inangriffnahme des Baues der Schnellbahn Köln—Dortmund.

Von den 2,7 Millionen Personen, die im Produktionsprozess tätig sind, und das Alter von 50 Jahren bereits überschritten haben, würde sich bei Erhöhung der Altersrente die große Mehrheit einverstanden erklären, ihre Arbeitsplätze den Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen.

Anspruch auf Altersrente haben auch Kleinbauern und Kleinhandwerker, soweit der Besitz des Kleinbauern eine Nahrung nicht übersteigt und das jährliche Durchschnittseinkommen des Kleinhandwerkers dem jährlichen Durchschnittseinkommen eines qualifizierten Arbeiters der betreffenden Industriezweiggruppe und des Ortes entspricht.

Die notwendigen Mittel sind auch durch Zuschuß des Staates bereitzustellen.

3. Wiederherstellung der durch die Lohnabbaumaßnahmen des Unternehmertums gekürzten Löhne.

Durch den bereits vollzogenen Lohn- und Gehaltstau ist das Gesamteinkommen der Arbeiterklasse um 4—5 Milliarden Mark verringert worden. Der Lohnausfall durch Kurzarbeit beträgt etwa 1 Milliarde, durch Erwerbslosigkeit etwa 4 Milliarden. Die Wiederherstellung des vollen Lohnausgleichs der Arbeiterklasse würde die Konsumkraft des Proletariats um 9—10 Milliarden Mark erhöhen und damit zusätzliche Beschäftigung für die Arbeitslosen schaffen.

4. Anträge auf Stilllegung und Einschränkung der Betriebe, die Vornahme von Entlassungen von Arbeitern und Angestellten zum Zwecke der weiteren Rationalisierung, Abschaffung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind unterjagt. In allen Fällen, wo Betriebsstilllegungen aus vorgenannten Gründen durchgeführt sind, sind diese rückgängig zu machen.

5. Alle freiverbundenen Arbeitsplätze sind den Arbeitsämtern zu melden. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch die Arbeitsämter unter Kontrolle der von Erwerbslosen und Betriebsarbeitern in halbjährlichem Turnus zu wählenden Vertrauensmänner.

Die Betriebssicherheit der Reichsbahn ist durch die Vernachlässigung der 7000 Kilometer erneuerungsbedürftigen Oberbaus außerordentlich gefährdet. Eine große Anzahl der Eisenbahnbrücken, Tunnels und ähnlicher Bauten sind aus gleichen Gründen dringend reparaturbedürftig. Außerordentliche Rückstände zeigen sich in den Reparaturarbeiten an Fahrzeugen und sonstigem rollenden Material. Trotzdem hat die Hauptverwaltung der Reichseisenbahn eine große Anzahl von Werkstätten geschlossen und Arbeiter zur Entlassung gebracht.

Die Durchführung der Elektrifizierung der Reichsbahn auf den wichtigsten Strecken, insbesondere in Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland, Sachsen und Ober-Sachsen ist ein dringendes Bedürfnis.

Die Inangriffnahme dieser Arbeiten würde ermöglichen, daß die bereits abgebauten Reichsbahnarbeiter wieder eingestellt und einer Reihe von Industriezweigen große neue Aufträge erteilt

werden können. Die Ausgaben für diese Zwecke sind auf 700 bis 800 Millionen Mark anzusetzen.

3. Sofortige Instandsetzung der Straßen; Ausbau des Straßennetzes; Bau besonderer großer Durchgangsstraßen für die raschere und staubfreie Abwicklung des Auto-, Güter- und Personenverkehrs.

In fast allen Teilen Deutschlands sind die Kreisstraßen in einem außerordentlich schlechten Zustand. Für den steigenden Verkehr reicht das vorhandene Straßennetz bei weitem nicht aus. Zur Durchführung dieser Arbeiten müßten etwa 200 Millionen Mark bereitgestellt werden.

4. Durchführung von Arbeiten zur Eindeichung und Regulierung bzw. Kanalisierung der Flüsse, insbesondere der Oder, Elbe, Saale.

5. Beschleunigte Vervollendung der bereits angefangenen Kanalbauten.

6. Bau von Talsperren, insbesondere in Schlesien, Sachsen, Baden, Bayern und Thüringen.

7. Durchführung von Meliorationen: Entwässerung oder Bewässerung zur Fruchtbarmachung großer brackliegenden Flächen Moor usw.

8. Bau von Krankenhäusern und Heimstätten, Erholungs- und Kinderheimen.

9. Bau von gemeindeeigenen Landarbeiterwohnungen.

10. Errichtung von gemeindeeigenen Sport- und Spielplätzen, Turn- und Schwimmhallen, Grünflächen und Parkanlagen in den Arbeitervierteln.

Alle auf der Grundlage dieses Arbeitsbeschaffungsplanes durchzuführenden Arbeiten dürfen nur zu den tariflichen Löhnen erfolgen. Durchführung von Zwangsarbeit für Unterstützungsempfänger aller Art ist verboten. Allen Beschäftigten ist ohne Unterschied, ob Mann, ob Frau, der gleiche Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen.

(Fortsetzung 3. Seite.)

Ein Thüringer Bauer schreibt uns zum Stahlhelm-Tag

Ein Thüringer Bauer sendet uns folgende Betrachtung zum Stahlhelmtag in Breslau: In Thüringen werden jeden Monat etwa 300 Zwangsversteigerungen gegen kleinere und mittlere Bauern angelegt. Das ist das Erbe des Naziministers Fried, dessen Politik jetzt vom Stahlhelmminister Baum weitergeführt wird. Vielleicht könnte im Programm zum Stahlhelmtag ein Sondervortrag des Herrn Baum aufgenommen werden: „Wie ruinieren wir im Verein mit den Nazis am besten die Klein- und Mittelbauern?“ Wir Bauern aber müssen dem Ruf von Ernst Thälmann folgen und mit den Arbeitern zusammengehen.

Die Elbinger Wohlfahrtsarbeiter in der 4. Woche im Streik

Seit dem 8. Mai, nunmehr schon in der vierten Woche, stehen die Wohlfahrtsarbeiter Elbings gegen den Unterdrückungsraub im Streik. Die NSD. führt den Kampf. Die Internationale Arbeiterhilfe hat von Anfang an den Streik durch Sammlungen praktisch unterstützt. Soeben erläßt der NSD. einen Aufruf an seine Mitglieder, in dem er sich gegen die Behauptungen der NSD. verteidigen muß. Der Streik richtet sich insbesondere gegen die geplante Ueberführung der Wohlfahrtsarbeitslosen in die Zwangsarbeit. Weil dieser Kampf mit solcher Geschlossenheit durchgeführt wird, deshalb die Empörung der Sozialfaschisten, durch deren dumme Pläne die streikenden Arbeiter einen harten Streik gezogen haben. Es muß damit gerechnet werden, daß sich der Streik auch auf andere ostpreussische Orte ausdehnt.

Nazi-Ueberfall abgewehrt

Kiel, 26. Mai. (Eigener Bericht.) In Kiel kam es am Sonntag zu schweren Zusammenstößen zwischen Nazis und Arbeitern. Die Nazis provozierten, worauf sich die Arbeiter zur Wehr setzten und die Nazis in die Flucht schlugen. Die Polizei verhaftete 12 Arbeiter. Als in der Nacht Nationalsozialisten vor ihrem Lokal Arbeiter belästigten, sammelten sich die empörten Proleten und stürmten das Lokal, wobei Fenster zertrümmert und Mobiliar in Trümmer gingen.

Das ist der Stahlhelm

„Dann nehmen wir die Faust und schlagen den Gegner nieder!“

Stahlhelm und Nazi haben das gleiche Ziel und gehen den gleichen Weg. Zwischen ihnen herrscht kein Unterschied in der inneren Politik. Die Zeitung des Stahlhelms schrieb am 1. März 1931:

„Wir werden uns freuen, wenn die Kämpfe Hilters und Hugenbergs von vollem Erfolg gekrönt sind. Greift der Gegner, wie man hier in Brannschweig droht, körperlich an und sollte die Landespolizei versagen, dann nehmen wir die Faust und schlagen den Gegner nieder.“

Und der Führer dieser Bürgerkriegsgarde, der Schnapsfabrikant Selbte, erklärte in der Hauptversammlung in Hannover im Januar 1931:

„Heute steht der Stahlhelm den Kampf nicht mehr allein aus, sondern gemeinsam mit Hitler und Hugenberg. Die Front sei dadurch härter und breiter geworden. Wer wolle, daß sich alles zum Besten wendet, muß sich einreihen in die soldatische Front, damit Marxismus und Bolschewismus nicht noch größeren Anheil als bisher anrichten!“

Breslau

Heraus gegen die Geldte-Garde

Für heute abend hat die Partei als Protest gegen das Verbot der ursprünglich geplanten Demonstration zwei Versammlungen angelegt. Bei Reaktionschluss lag der Bezirksleitung ein endgültiger Bescheid der Polizei noch nicht vor, so daß also diese Versammlungen stattfinden.

Sorgt für Massenbesuch!

Jetzt ist aber die Geduld zu Ende

Weitere Stahlhelmlüberfälle am Mittwoch

Am Mittwoch nachts gegen 2 Uhr zog, wie uns gemeldet wird, ein circa 25 Mann starker Strauchrittertrupp der Stahlhelmbanden größtenteils und besoffen die Jagdstraße entlang. Einem vorbeifahrenden Arbeiter rissen sie vom Rade und verprügelten ihn. Eine hinzukommende Streife der Schupo ermahnte sie mit auffälliger Zurückhaltung zur Ruhe. Als die Arbeiter, die sich angeammelt hatten, eine Durchsuhung nach Waffen forderten, da ein großer Teil der Stahlhelmbanden Messer, Dolche und Schlagringe bei sich trug, lehnte die Polizei die Durchsuhung ab. Lediglich von einem Stahlhelmliten, der zu einem Beamten sagte: „Sie können mich am Arsch lecken!“, wurden die Personalien festgehalten.

Nun, die Geduld der Arbeiterschaft gegen diesen Terror der Stahlhelmbanden ist zu Ende. Arbeiter, wehrt euch! Bereitet den Revokationen dieser Kanakken ein Ende! Organisiert den proletarischen Selbstschutz in allen Stadtteilen und Straßen! Bereitet vor den entschlossenen, entschloßenen Widerstand der gesamten werktätigen Bevölkerung gegen die Mordpest!

Herunter mit den Mieten!

Der Neumieterschutzverband wird uns geschrieben: Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten, die im besondern gekennzeichnet ist durch laum fühlbare Preissteigerungen auf der einen, dagegen sehr wesentlichen Lohn- und Gehaltskürzungen auf der andern Seite, hat die Mietenfrage erneut in den Vordergrund gerückt. Es wird wohl niemand behaupten wollen, daß in den unteren und mittleren Volksschichten eine weitere Kürzung der Ausgaben für Ernährung und Kleidung möglich ist. Weil in den genannten Volksschichten neben den Ausgaben für Ernährung und Kleidung die Ausgaben für die Mieten die höchsten sind, fordern sämtliche deutsche Alt- und Neubaumieterverbände, daß endlich auch die Mieten in die Preissteigerungsaktion einbezogen werden. Die Forderung lautet: Senkung der Alt- und Neubaumieten auf 100 Prozent! Diese Forderung wird manchem Leser als überspitzt und unerfüllbar erscheinen. Und doch liegt die Erfüllung dieser Forderung durchaus im Bereich des Möglichen.

Der Neumieterschutzverband Breslau e. V. hat sich in den letzten Wochen sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt und ein Aktionsprogramm aufgestellt, in dem Wege gezeigt werden, die die Erfüllung der Forderung nach Mietensenkung und darüber hinaus die Finanzierung eines ausreichenden Wohnungsbauprogramms ermöglichen. Es würde zu weit führen, die Wege, die in dem Aktionsprogramm aufgezeigt werden, heute im einzelnen zu erörtern, das soll ein andermal geschehen, sie sollen hier nur kurz genannt werden: 1. Restlose Verwendung des Einkommens der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau; 2. Restlose Erfassung der Hauszinssteuer beim Hausbesitz; Beseitigung des Zwischengewinns bei der Veranlagung der Hauszinssteuer; 3. Restlose Verwendung der Rückflüsse aus der Hauszinssteuererlässe für Zwecke der Mietensenkung; 4. Schaffung einer Wohnungszusatzsteuer für große und Luxuswohnungen, deren Einkommen restlos für Zwecke der Mietensenkung verwandt werden muß; 5. Herabgabe der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau in Form von zinslosen Hypotheken; 6. Beseitigung der hohen Zinsen für Zwischenkredite an Hauszinssteuermitteln; 7. Befreiung der Neubauwohnungen von der Grundvermögenssteuer und ihren Zuschlägen und sonstigen steuerlichen Abgaben. Senkung der Mieten um diese Beträge.

Diese Forderungen sind alle recht gut und schön, aber es genügt doch nicht, schöne Forderungen aufstellen, sondern man muß sich auch darüber klar sein, wie diese Forderungen verwirklicht werden können. Die Mietenfrage ist nun einmal nur ein Teil der sozialen Frage. Ihre Lösung ist daher nur möglich im Rahmen des Kampfes um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das haben den Neumietern doch sehr eindringlich die Kämpfe im vorigen Jahre gezeigt. Daraus haben die Neumietern endlich auch die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen, wenn sie nicht haben wollen, daß ihre Arbeit sich als Eijndhuarbeit herausstellen soll.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerband „Solidarität“, Ortsgruppe Breslau

Am 31. Mai besteht für die gesamte Ortsgruppe einschließlich der Motorradfahrerabteilung Startverbot. Alles hat in der Stadt zu bleiben; antisozialistische Abzeichen ankleben.

Sämtliche Abteilungen haben ihr Programm für Monat Juni spätestens bis 31. Mai bei dem Pressewart abzugeben, der 14. und 21. Juni ist für die Abteilungen frei.

Achtung, Spartakiadeteilnehmer!

Spartakiadeteilnehmer, die an der Spartakiade teilnehmen wollen, melden sich bis 1. Juni bei dem Sportgenossen Berger, Matthiasstraße 139. Fahrtkosten 8 Mark. Erwerbslose Teilnehmer teilen genaue Adresse sowie Alterszeichen und Angabe, ob Auto- oder Wohlfahrtsunterstützung bezogen wird.

Die „Internationale“ im Rathaus

Der Hungeretat mit Hilfe der SPD. durchgebeißt — Deutschnationale Geldte-Gardisten provozieren — SPD-Bandmann als Handlanger des Stahlhelms

Während wurde die Beratung des Hungeretats weitergeführt. Hierbei entpuppten sich als größte Demagogen die Sozialdemokraten. Obwohl sie in der „Volkswacht“ diesen Etat auf das schärfste bekämpften und keine Wählerung in Aussicht gestellt hatten, stimmten sie geschlossen für diesen Hunger- und Polizeiknütteletat. Der kommunistischen Fraktion blieb es vorbehalten, gegenüber dieser magistratischen Hungeroffensive die Interessen der werktätigen Bevölkerung wahrzunehmen. Genosse Zylla, der Sprecher der SPD-Fraktion, hielt seine stammende Anklagerede sowohl den bürgerlichen Vertretern dieses Hungerregiments als auch ihren SPD-Kollegen ins Gesicht. Er zeigte insbesondere an dem Kapitel der Polizeiverwaltung den Massencharakter dieses Hungeretats auf. Wenn heute der Polizeietat von zwei Millionen 338 000 Mark trotz Finanznot um eine halbe Million höher ist als im Vorjahr, so weiß man ganz genau, warum das geschieht. Die Not ist tiefengroß, deshalb soll der Hunger durch stärkeres Einsehen der Gummiknüppeltruppe gestillt werden. Die nicht freiwillig Verhungerten sollen durch vermehrte Polizei niedergeschlagen werden. Mit dem Gummiknüppel und mit dem Revolver, mit dem Maschinengewehr, ja sogar mit Handgranaten soll die „Ordnung“ gerettet werden. Aber wenn es bisher schon nicht gelungen ist, die Erwerbslosen, die hungernde Bevölkerung niederzujagen, so wird das auch durch die verstärkte Polizei nicht gelingen. Genosse Zylla besprach dann die Polizeiatenden gegen die Erwerbslosen vom 15. Mai, wo die Polizei zur Niederknüttelung befohlen war. Ob Frau, ob Kind, alles wurde zu Boden geschlagen. Zweimal wird an Hungernden „Zusitz“ geübt. Zunächst werden sie verhaftet und auf der Wache verprügelt und verurteilt. „Nun, so schloß Genosse Zylla, gehen Sie nur Ihren Weg weiter. Alle diese Gewaltmaßnahmen werden letzten Endes doch das Gegenteil von dem erzielen, was sie bezwecken. Sie werden das herrschende System trotzdem nicht vor dem Untergang retten! Die Breslauer Arbeiterschaft wird weiter zum Kampfe rufen. Sie wird allen Polizeiterror zum Trotz so lange kämpfen, bis dieses System vernichtet ist. Wir lehnen daher diesen Gummiknüppeletat mit samt den 2 338 000 Mark für die Polizei ab, und wir verlangen vor allem die Streichung dieser Summe.

Obwohl die SPD-Fraktion von vornherein bereit war, dem

Etat zuzustimmen, mußte sie doch „Opposition“ mimen. Lediglich Preiß war es ausgeredet, der an der Bezirkspolizei „Kritik“ übte. Partheilich rief der Konfessionssozialist: „Das System ist fertig mit seiner Kunst“, worauf ein kommunistischer Jurist: „Ihr seid ja mit Eurem Covering und Jürgel die Verfechter dieses Systems“ seine Demagogie entlarvte. Unser Antrag auf Streichung der Polizeikosten wurde gegen die Stimmen der SPD. und des Sozialdemokraten Preiß abgelehnt.

Bei dem Abschluß „Leistungen für Kunst und Wissenschaft“ wurde der kommunistische Antrag, den Zuschuß an das Stadttheater in der Höhe von 500 000 Mark, bei der Schlesischen Philharmonie mit 50 000 Mark, bei der Gesellschaft für Vaterländische Kultur mit 500 Mark und das Wuma-Defizit von 150 000 Mark zu streichen, abgelehnt.

Die SPD., die widerstandslos den Polizeietat schloß, sie versuchte bei dem Schluß eines politischen Wählens zu drehen und verlangte Aufbesserung verschiedener Posten des Etatplans. Genosse Preiß prangerte diese Demagogie an, er verlangte, daß diese Mittel ganz bedeutend erhöht werden. Als Genosse Preiß erklärte, „daß die Kultur der heute Herrschenden nicht die Kultur der Werktätigen sei, daß erst ein System wie in Sowjetrußland der Arbeiterschaft Kultur bringen wird“, erscholl von der Tribüne lebhafter Beifall. Mit wechselnder Mehrheit wurden die SPD. und SPD-Anträge abgelehnt. Bei den Staatsposten des Wohlahrtsamtes wurde der SPD-Antrag auf Erhöhung der verschiedenen Posten ebenfalls mit den Stimmen der SPD. abgewürgt. Genosse Zylla wandte sich dagegen, daß man dauernd von einer Kinderkölle in der Sowjetunion saße, während das wahre Kinderkölle bei uns herrsche. Der Antrag, dieselben Mittel wie vergangenes Jahr einzusparen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und der SPD. angenommen. Der Antrag auf Herabsetzung des Gaspreises von 21 Pfennig auf 18 Pfennig wurde gegen die Stimmen der SPD. abgelehnt; lediglich ein vom Zentrum gestellter Antrag auf Ueberweisung nach dem Ausschuß wurde angenommen. Nach Erledigung verschiedener anderer Staatsposten wurde die Beratung des Haushaltsetats vorläufig geschlossen und in die Weiterberatung der Anträge der SPD. betreffend des Stahlhelmaufmarsches sowie der kommunistischen Anträge fortgesetzt.

Stahlhelm-Aufmarsch führt zum Aufliegen der Sitzung

Für die SPD. sprach Stadtdirektor Seewald. Er stammelte einige nichtslagende Sätze und versuchte ähnlich wie das in der „Volkswacht“ andauernd geschieht, mit der Rollenfrage den wahren Sinn des Stahlhelmaufmarsches zu verflüchten.

Dann nahm unser Genosse Preiß das Wort. Er stellte fest, wie recht die Fraktion hatte, als sie diese Anträge einbrachte, denn seit gestern, seit Selbte und Duestenberg in Breslau weilten, seit der Terror der Stahlhelmbanden ein. Es ist ja auch nicht anders zu erwarten gewesen, da ja diese Landsturmarmee keinen anderen Zweck hat, als die Arbeiterschaft niederzuknütteln.

Nun, die Polizei wird Mühe haben, die Stahlhelmbanden vor der „Hebevollen Behandlung“ durch die Arbeiterschaft zu bewahren. Während Selbte und Duestenberg im feinsten Savoy-Hotel abgetrieben sind, müssen die Stahlhelmproleten im Grünen pennen. Während die Proleten sich dem „Hebevollen Empfang“ der Proleten aussetzen müssen, fahren die Stahlhelmsführer in Luxusautomobilen. Hier machte der Deutschnationaler Fien den provokatorischen Zwischenruf: „Und wo sind Sie immer?“

Genosse Preiß antwortete, daß kommunistische Führer immer an der Spitze des Zuges mitmarschieren und sich nicht in die allerfeinsten Hotels verziehen. Fien provozierte abermals, worauf Genosse Zylla diesem frechen Burlesken beibringen wollte, daß man nicht ungestraft selbst bei einem Frontsalbentage Vertreter der Arbeiterschaft beleidigen dürfe. Als nun die Deutschnationalen den Genossen Zylla bebrängten, eilten die Genossen Preiß und Abelt zu Hilfe. Der SPD.-Bandmann beschloß die frechen Provokateure der Stahlhelmschilde dadurch, daß er Genossen Zylla einen Ordnungsruf erteilte. Die Tribünenbesucher, die schon bei der Provokation des Fien verlangten, daß demselben eine ordentliche Abfuhr erteilt werde, sie erhoben gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Protest gegen den Ordnungsruf des Genossen Zylla und verließen unter dem Gesang der „Internationale“ die Tribüne, worauf Bandmann die öffentliche Sitzung schloß und somit seine Hilfe für die Stahlhelmbanden noch erweiterte. Unsere Genossen verließen darauf unter Protest die Versammlung. An die öffentliche Sitzung schloß sich noch eine geheime an.

Ohlau Die Garden der Konterrevolution rüsten gegen die Arbeiter

Vor einigen Tagen konnten wir beobachten, daß die SA-Truppen des Dritten Reiches mit den Vorläufern des Stahlhelms gemeinsam den Schutz der Konterrevolution übernehmen. In der Nacht stehen diese Nordbanditen auf der Lauer. Eine Fahne, geschmückt mit dem Hakenkreuz, hing an einem Ast des Hausbaumes, die SA lagerte unter diesem Baum und nach einiger Zeit kommt ein Lastauto angeordnet und hält bei diesem Fehen an. Stramm mit der Hand an der Mühe nimmt der SA-Mann die Befehle des Trupps auf dem Auto entgegen, notiert sich den „Fall“, und der Zug setzt sich wieder in Bewegung.

Am 3. Pfingstfeiertag hatten wir Gelegenheit, bei dem berühmten Pfingstschützen der Bürger auch die Nazis und die Stahlher zu beobachten, wie sie gemeinsam die Nächte in die Hand nahmen, um sich im Waffenhandwerk zu üben. Die Jünglinge stehen eifrig um den Menschen herum, der die Ringe in ein Buch zu schreiben hat. Der Stahlhelm schließt und der SA-Mann notiert und ebenso umgekehrt. Also Hand in Hand gemeinsam bei der Übung zum Arbeitermord. Sei es im Kleinkaliber oder mit dem Karabiner, aber geschossen muß werden, um nicht aus der Übung zu kommen.

Genossen! Merkt euch die Bürger in dem Schützenverein bei euren Einkäufen, sagt ihnen eure Meinung und handelt danach. Keine Unterstützung diesen Leuten, die eure Feinde sind. Die Kleingewerbetreibenden, die sich nicht an diesem Nummel beteiligen, Genossen, diese berüchtigt bei euren Einkäufen, sagt ihnen, warum wir bei ihnen kaufen, denn ihre Not ist auch unsere Not. Gemeinsam mit dem verarmten Mittelstand, mit den Kleinbauern werden wir den Kampf gegen diese Nordbanditen führen und die Reaktion den Weg Kampf gegen diese Nordbanditen führen.

Dampferfahrt Rote Hilfe

Nur noch 9 Tage bis zur Dampferfahrt der Roten Hilfe nach Margareth. Fahrpreis: Erwachsene 1 Mark, Kinder 30 Pfennige, nicht zu irrtümlich auf den Karten gedruckt 50 Pfennige. Karten zu haben bei allen Rote Hilfe-Stadtleitern, in der Partei, A.D., Redaktion, Verlag und Zia.

Strehlen Heraus zur Massendemonstration gegen Stahlhelmaufmarsch

Am Freitagabend 19 Uhr beteiligt sich die gesamte Arbeiterschaft an der Demonstration gegen den Stahlhelmaufmarsch. Auftreten am Reitplatz.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptstelle, Brodins und Botales: Ritsche, Breslau. — Für die folgenden Seiten: Karl Reichner, Berlin. — Zur Unterseite: Karl Gansbohl, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau.

Geschäftliches

Es dürfte bereits bekannt sein, daß zu den leistungsfähigsten Geschäften der Kolonialwarenbranche die der Edela-Organisation angehörenden Geschäfte gehören. Durch den zentralen Großkauf für circa 30 000 Geschäfte wird auch das kleinste Geschäft in die Lage versetzt, den Verbrauchern sämtliche Lebensmittel in den besten Qualitäten und zu einheitlich billigen Preisen anzuführen. Die große Lebensmittelauktion vom 31. Mai bis 7. Juni, bei der auch die Edela-Organisation führend beteiligt ist, soll ein weiteres Zeugnis von der Regamkeit dieser Organisation ablegen.

Heraus zum Protest am Freitag, 29. Mai, 20 Uhr, im Bergkeller und in Hoffmanns Festsälen, Pöpelwitzstraße

Es spricht in beiden Versammlungen Reichstagsabgeordneter Leow-Berlin außerdem sprechen die Genossen Eugen Wiedmeyer und Preiß Die Stadtteile treten an: Ost: 19 Uhr, Königgrätzer Straße. Nord: 19 Uhr, Weißenburger Platz. Nordost: 18,30 Uhr, Hirsch-, Ecke Bockstraße. (Diese Stadtteile marschieren nach dem Bergkeller). — West: 18,30 Uhr, Anglerheim, Leuthenstr. Süd: 18,30 Uhr, Friedrichsplatz. Zentrum: 19 Uhr, Wallstr., Ecke Königsplatz. (Diese Stadtteile marschieren nach Hoffmanns Festsälen.)

PROLETARISCHES FEUILLETON

Das Gesicht dem Lande zu

Eine Schnitterin zu Tode gepeitscht... / Von P. Kast

Reportage von Not, Knechtschaft und Kampf uckermärkischer Landarbeiter

Kurz nachdem es bekannt wurde, daß es dem Stahlhelm gelungen sei, einen großen Teil der Landbevölkerung für sein demagogisches Volksbegehren: „Der preußische Landtag wird aufgelöst“, einzufangen, erschien ein Arbeiter aus der UEG in der Redaktion der „Roten Fahne“ und machte uns erschütternde Mitteilungen über die Lage der Landarbeiter und den angestrebten Terror der Junker in der Uckermark.

24 Stunden später sahen wir im Dames-Young-Express, um seinen Schwager zu besuchen, der in der Uckermark, dem Lande der Zukerrüben, Döhlensöpfe und des Stahlhelms, einen fast isolierten und darum ganz besonders aufopferungsvollen Kampf gegen ein konterrevolutionäres Junkerfestnetz führt.

Bettler durchziehen ein „gottgesegnetes“ Land

In Strassburg, einige Stationen hinter Pasewalk, der ehemaligen kaiserlichen Infanteriegarnison, verließen wir den Zug. So im Vorbeigehen erfahren wir, daß von den 7.200 Einwohnern und 2.000 als Arbeitslose nicht wissen, woher sie morgen ihr Essen nehmen sollen, und daß sie oft einzeln oder in Rudeln an den Türen der selbst hungernden Landproleten ein Ei, ein paar Kartoffeln oder eine Handvoll Gerste erbetteln.

Sowohl, deutsche Familienväter tippeln als Bettler auf den landigen Landstraßen der „gottgesegneten“ Uckermark meilenweit dahin, um irgendwo ein lauwarmes Hühnerrei, einige vergammelte Kartoffeln oder eine Handvoll angefaulter Deputatgerste zu „schalen“. Bettler, jämmerlich verhungerte und zerlumpfte „Kollsgenossen“, wanken hier an den von bissigen Hofsölden bewachten Riesenschnecken der uckermärkischen Ritterschaft vorbei, in denen Gerste, Weizen, Kartoffeln und der sonstige „Gottesseggen“ der letzten Ernte verkauft, verstaubt und vermanstet. Verkauf, verstaubt und vermanstet, weil „keine Nachfrage besteht“. Weil — keine — Nachfrage — besteht ...

Die Peitsche des Barons von Raven

Gestatten, daß wir vorstellen: Baron von Raven, Besitzer von drei Rittergütern, allein im Kreise Prenzlau, Amt Neuhund. Der Herr Baron hat Rittergut Groß-Ludow, Rosenthal und Schwarzensee vor etwa drei Jahren vom Bruder — Gott hab ihn selig — erblich übernommen. Sollte dafür der Republik 270.000 Mark Erbschaftsteuer auf den Tisch des Hauses zahlen. Der Herr Baron geruhte bis dato damit zu zögern. Der Herr Baron beantragte Stundung der Zahlung. Denn er brauchte notwendig ein Auto. Baron — die Landwege sind da oben nicht so besonders, der Herr Baron benötigte noch dringend ein Reiserouletto. Die Republik sah das ein. Langt doch die Republik hier an der Grenze nach Mecklenburg zu ganz besonders willig nach der *Freiburger-Regel* blaublütiger Stahlhelm-Musikanten.

Wie z. B. bei diesem Junker-Nez: Wurden da die polnischen Schnitter vor drei oder vier Jahren, die zur Saison auf Gut Schwarzensee zur Ausbeutung verfrachtet waren, „aufständig“. Uebervolle Behandlung, üppiges Essen, verbunden mit viel Freiheit, hat diesen „Fremdkämmigen“ den Kamm schmecken lassen. Sie „rebellierten“, d. h. sie murrteten und verlangten freien Abzug zur Heimat.

„Euch werden wir Heimat... ihr polnischen Mistfüße“, schalt's da eines Tages, als die eingeborenen Landarbeiter auf Feld waren, durch den Wohnsitz der Schnitter. Und dann kauften die Reitpeitschen der Inspektoren von Groß-Ludow, Rosenthal und Schwarzensee auf das Häuflein Unglück. Eine sechsjährige Schnitterin wurde dabei so „vermanst“, daß sie vier Wochen später in ihrer Heimat, wohin man sie abgehoben hatte, an den Folgen der Mißhandlung starb. Den drei Reitpeitscheninspektoren aber ist, abgesehen von einigen Vernehmungen, nichts weiter geschehen. Dem Landgendarm, der bei diesem Junker-Nez mit gegogener Pistole im Hinterhalt gelegen haben soll, auch nichts.

19 Pfennig Stundenlohn

So unausrottbar wie manches andere, was auf den 2500 Morgen Land Schwarzensees trotz aller Vernichtungsmagnahmen wächst, und Unkraut genannt wird, sind die Schanbtaten der Junker im Bewußtsein der Landarbeiter eingegraben. Haß und Wut „steht ihnen bis hier oben“. Der Mann ihres Vertrauens braucht bloß anzutippen, dann legen sie los.

Und wie legen sie los! Tatsächlich waren wir noch nicht auf der kadenischen Rübenkulturschänke angelangt, als wir schon vollauf über die uckermärkische Leibeigenenhölle Bescheid wußten, die da etwas eine Stunde Wegs von Strassburg entfernt am Ende einer mit Obstbäumen bepflanzten Landstraße inmitten von welligen Wiesen und Feldern liegt.

Verlust ja, eine trostlos einsamere Gegend als diese Ode der vom Stahlhelm beherrschten Uckermark gibt's so leicht nicht wieder!

„Sagt mal, kommen bei euch in das Nest eigentlich auch Zeitungen hin?“

Statt einer direkten Antwort brüht uns einer der Leibeigenen so etwas wie eine Lehnstüte in die Hand.

„Rittergut Groß-Ludow“, lesen wir, „Lohn für Arbeiter Sommers“:

72 Stunden à Kpf. 19 = 13,70 RM.
13,70 RM.

Abzüglich:
Kranken-Berf. 1,85 RM.
Junal.-Berf. 0,90 „
Steuern „
Erwerbsl.-Berf. 1,50 „ 4,25 RM.
9,45 RM.

Sofort nach Empfang zu zählen.
Nicht 2,20 RM.
7,25 RM.

„Na, versteht ihr Berliner nun, warum wir keine Zeitungen kaufen können? Ja, wenn mein Schwager von der UEG-Berlin mir nicht immer die alten Nummern der „Roten Fahne“ schickte

würde, kriegten wir das ganze Jahr überhaupt nur die „Pasewalker Kreis-Seuche“ vors Gesicht.“

Also für 19 Pfennig, in Worten neunzehn Pfennige, die Stunde und ein bißchen Korn, Feuerholz und Brille als Deputat schufteten sich Proleten auf den Feldern der uckermärkischen Ritterschaft trumm, lahm und glöckig.

Habt ihr denn hier keine Betriebs- oder Gutsräte, die mal mit der Faust auf den Tisch hauen?“

„Betriebsräte? Gutsräte? (folgt grimmiges Lachen). Die Wahlen kommen hier ja meist nicht zustande!“

???

„Ja, das ist uckermärkische Methode. Paßt mal auf, wie das gemacht wird. Am 16. Februar trommelte also der Inspektor plötzlich seine Diabole zusammen. Stundenlang steckten sie die Köpfe zusammen, und am andern Tage wurden die drei Kellerten als Kandidaten vorgeschlagen. Natürlich welche vom Stahlhelm. Und da die Vorge schlagenen programmäßig ablehnten, konnte der



Inspektor dem Landrat triumphierend mitteilen, daß „die Gutsrätewahl an der Weigerung sämtlicher Arbeiter, zu kandidieren, nicht zustande gekommen sei.“

REG.-Berlin — Rittergut Schwarzensee

Da mußte sich also erst ein westpreussischer Landarbeiter und eine ungarische Schnitterin in einer hinterpommerschen Gutsbarade kennenlernen, um Jahre später die politische Verbindung von Berlin und Schwarzensee herzustellen. Und das Verbindungsmittel? Mit stolzer Genugtuung registrieren wir es: „Die Rote Fahne“ war's, die ein UEG-Prolet, eingebend seiner agitatorischen Pflicht als Industriearbeiter gegenüber den ländlichen Klassenangehörigen, regelmäßig in Wochenendungen nach Schwarzensee pießerte.

Also ein zufällig hergestellter Anschluß, der aber gleichzeitig die Notwendigkeit zeigt, an der Verbindung von Stadt und Land systematisch zu arbeiten. Wir erzielen immer politische Erfolge. Nehmen wir doch Schwarzensee als Beispiel: Bei der vorletzten Reichstagswahl stimmten auf Rittergut Schwarzensee, das ein eigenes Wahllokal besitzt, drei für die Kommunistische Partei, die andern alle für die Deutschnationalen. Die Sozialdemokraten machten lange Neesen. Am 14. September vorigen Jahres war aber bereits aus dem roten Dreistimmen-Kollegium ein Fährlein der elf Aufrechten geworden. Die Sozialdemokraten hatten sich auf zwei vermehrt, die Nazis auf drei und die Deutschnationalen waren von rund 60 auf 34 zusammengelassen.

Erbarmungsloser Stahlhelmterror

Als am Abend des 14. September der Inspektor von Schwarzensee, Freiherr v. Zulekser (die Landarbeiter nennen ihn Zulaßer), in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher sporenkriechend rapportierte: „Melde gehorsamst, eifrig Botschaft auf Gut Schwarzensee“, ließ der sofort seinen schweren Benzwagen aufzufahren, um seinerseits den Amtsvorsteher von Neuhund, also seinen Liebverwöhnten Schwager Baron v. Schierstädt, zu alarmieren. Und da der Wahlausgang auf sämtlichen Rübenkulturschänken der

Uckermark ungefähr der gleiche war, setzte sich die ganze blaublütige Junkerhermandtschaft zur Attade gegen die Roten den Stahlhelm auf.

Überall hagelte es bald von Kündigungen politisch Verdächtigter. Auf Schwarzensee erhielten gleich am 1. Oktober vorigen Jahres vier Mann den Bescheid, daß sie nach Ablauf der halbjährigen Vertragsfrist mit Kind und Regel zu verschwinden hätten. „Wegen Betriebsumstellung“ stand auf den Kündigungs-schreiben. Aber noch während die Stempelkandidaten arbeiteten, wurden drei junge Stahlhelmsoldaten aus Berlin eingestellt, wozu sich am 1. April zehn neue hinzugesellten. Wie man sieht, hatten die Junker also nicht geschwindelt. Überall, so versicherte man uns, geht augenblicklich auf den Gütern der uckermärkischen Ritterschaft „die Betriebsumstellung“ so vor sich wie auf Schwarzensee.

Doch unsere vier Stempelkandidaten kannten diesen Dreh noch nicht, als sie durch die ganze Uckermark, beide Medienburg ja, bis raus nach Ostpreußen wanderten, um, mit dem Hut in der Hand, wie Bettler nach Arbeit zu fragen. Auf rund 120 Gütern waren sie gewesen, und rund 120mal entspann sich dieser Dialog:

„Morgen! Wollte mal fragen, ob Sie Arbeit für mich haben?“

„Ja — Arbeit ist mässig da — sind Sie im Stahlhelm?“

„Ne.“

„Wollen Sie eintreten?“

„Ne.“

„Dann hammer auch keine Arbeit für Sie. Morjn.“

„Bumms, warste wieder drauß“, schloß der Landarbeiter mit Ingrimmiger Wut seinen Bericht. „Erzählt es nur mal den Berliner Proleten, wie sie hier auf dem Lande mit uns Schindler treiben, die Ausbände! Rin in Stahlhelm, oder verrede, heißt seit dem 14. September ihre Parole.“

„Sowohl, rin in den Stahlhelm oder verrede“, machte da ein anderer Landarbeiter seinem bedrängten Herzen Luft: „Stellt euch auch diese Gemeinheit vor. Da hat man mir doch, als ich auf Arbeitsuche war, einfach das Licht in der Wohnung abgestellt. Und Milch kriegt ich auch keine mehr. Jetzt muß ich oder meine Olle alle Morgen fünf Kilometer hin nach Strassburg und fünf Kilometer zurück, um nur 'nen halben Liter Milch für das Jüngste zu besorgen. Also bei 300 Liter Milch täglich allein auf Gut Schwarzensee hat der christliche und nationale Baron v. Raven seinen halben Liter für ein krankes Landarbeiterkind übrig.“

Was das Volk begehrt

Auf dem Rückweg zum Bahnhof Strassburg erinnerte uns ein halb abgetragtes Stahlhelmplatz an der Mauer des Gutschloßes an das Volksbegehren: „Landtagsauflösung“. Wieviel Stimmen denn hier zusammengelommen seien, wollten wir wissen.

„Auf Gut Schwarzensee mit Rosenthal 104, und auf Groß-Ludow 141 Stimmen“, war die Antwort. „Aber wißt ihr auch, wie die zusammengetragen wurden? Stellt euch vor, da liegen die Listen, nicht etwa in Strassburg, nein, hier auf'm Gutschloß liegen sie, frei und offen, damit ja jeder drin rumschnüffeln konnte. Und da der Inspektor gleichzeitig Gemeindevorsteher ist, könnt ihr euch schon alleine ausmalen, wie dann das Volk begehrt.“

„So ungefähr begehrt 'ne Hammelherde, die im Schlachthaus getrieben wird, vom Schlachter das Fell über die Ohren gezogen zu kriegen.“ Lachte grimmig der Landprolet, dem sie die Milch für sein Jüngstes verweigert haben.

„Na, Richard“, sagte darauf der zweite Gemäßigete, „mach dir nix im Hemde. Du weißt doch, was ich vom Stahlhelm hatte. 'N Haußen Mist is'!“

„Na na“, glaubten wir etwas den beiden Optimismus dämpfen zu müssen.

„Wenn wir's euch sagen“, rief da einer: „die Proleten sind doch bloß im Stahlhelm, weil sie sich stempeln wolln. Dat ham mer doch am 14. September wieder mal hier in Strassburg gesehn, wo's rund tausend eingeschriebene Stahlhelmer gibt. Und was glaubt ihr, wie die Wahl ausfiel? Ganze 583 Deutschnationale, knapp 400 Sozialdemokraten und 'n paar Stimmen fehlten an 1000 Kommunisten. Ja, da staunt ihr, wat?“ In zwei Jahren waren die Kommunisten hier die stärkste Partei geworden.“

Tatsächlich, wir kannten. Aber noch mehr der Stahlhelmführer von Strassburg, Gutsbesitzer Baron von Ludwigsthal, am Abend des 14. September, der vor lauter Schrecken auf den — Rücken fiel und sein Bogenpöschchen niederlegen wollte.

„So, ja, so, sieht heute unterm Stahlhelm aus. Erzählt das den Berlinern. Wohl is' gemorden, wie ne taube Kuh. Schlägste mit der Faust drauf, pläht se.“

An die Bauern / Von Georg W. Manfred

Bauern,
Die Ihr das Saat Korn legt,
Die Ihr die Frucht zieht,
Die Ihr die Acker pflügt,
Um für andere zu ernten;

Bauern,
Die Ihr arbeitet vom Morgen bis zur Nacht
Für anderer Reichtum und anderer Macht;

Bauern,
Die Ihr die letzte Kuh opfert dem Steuerintreiber,
Die Ihr sitzt auf der Scholle, die anderen gehört;

Bauern,
Habt Ihr, was Ihr braucht?
Sättigt Euch Eurer Ackerkrume Ertrag?
Seid Ihr frei?

Oder arbeitet Ihr für die Interessen des Kapitals,
Arbeitet Ihr für den Geldsack der Junker,
Arbeitet Ihr für den Steuersäckel des Staates?

Warum tut Ihr das?
Wißt Ihr es nicht besser?
Glaubt Ihr den Worten der Bibel, daß es Gott so gewollt?
Seid Ihr denn nicht genau noch Leibeigene wie Eure Väter
Vor vierhundert Jahren?

Bauern!
Begreift, daß Eurer Arbeit Ertrag für Euch bestimmt,
Daß Eure schweligen Hände den Flug führen sollen,
Daß Eure schnellen Arme die Garben reifen sollen,
Daß Eurer Arbeit Ertrag sein soll
Für Euch selbst!

Bauern, kämpft!
Es gibt einen Ausweg aus Eurem Elend, aus Not und Sklaverei:
Der gemeinsame Kampf mit den Arbeitern, ausgebeutet gleich
Bauern!
Arbeiter!
In eins die Hände!
Für das Staatsrecht!

Rund um den Erdball

Der Riesenballon auf dem Gurgler Ferner in 2500 Meter Höhe niedergegangen

Piccard und Kipfer frisch und wohlbehalten gelandet

Flugzeug und Patrouillen unterwegs, um Forscher und Ballon zu bergen — 16 000 Meter Höhe erreicht

Die fieberhaften Nachforschungen nach dem seit Mittwoch abend 10 Uhr verschollenen Riesenballon des Professors Piccard, an denen sämtliche Wetterwarten, Flugplatzbeobachter und Gendarmereiposten Süddeutschlands, Oesterreichs und Norditaliens teilgenommen haben, hatten in den Mittagsstunden des Donnerstag das erste Ergebnis. Einwandfrei konnte festgestellt werden, daß der Ballon in den Oetzaler Alpen auf dem Gurgler Ferner, in etwa 2500 Meter Höhe gelandet ist. Nach einer später eintreffenden Meldung befinden sich die beiden Forscher wohlauf. Sie haben mit ihrem Riesenballon die gewaltige Höhe von 16 000 Metern erreicht.

Falschmeldungen

Innsbruck, 28. Mai. Zu der Landung des Riesenballons auf dem Gurgler Ferner wird weiter gemeldet, daß außer einem Karabinierkommando aus Meran auch eine Expedition unter Führung eines Lehrers bereits nach dem Ferner unterwegs ist. Um 15,20 Uhr traf in Innsbruck die Mitteilung ein, daß Piccard und Kipfer am Mittwoch um 22 Uhr auf dem Gletscher des Gurgler Ferners niedergegangen ist und am Donnerstag nachmittag frisch und wohlbehalten mit der nach



Der Gurgler Ferner in den Oetzalern Alpen

der Landungsstelle unterwegs befindlichen Expedition zusammentraf. Wie Piccard mitteilt, hat er tatsächlich die gewaltige Höhe von 16 000 Metern erreicht.

Die Meldungen über die Landung des Riesenballons lauteten zunächst ziemlich widersprechend. Trotzdem wurde jedoch sofort eine Flugzeugexpedition alarmiert, die Sicherheit über das Schicksal der beiden kühnen Forscher bringen sollte. Etwas später wurde auch eine Motorradexpedition von Meran losgeschickt. Einige Stunden nach Ausendung der ersten Hilfsmannschaften kam dann die erste einwandfreie Bestätigung,

Bürgermeister als Mordankläger

3000 Mark, ein Gummiknüppel und ein Revolver

Gegen den Bürgermeister Werner in Sernsdorf in Sachsen ist Anklage wegen Verleitung zum Mord erhoben worden. Er wird beschuldigt, den Wirtschaftsgelbesen Steinert für 3000 Mark gebunden zu haben, um den Sandgrubenbesitzer Schmidt zu ermorden.

Werner stellte Steinert einen Gummiknüppel und einen Revolver zur Verfügung und hielt auch mit ihm eine Schießprobe ab. Der Wirtschaftsgelbesen benachrichtigte aber die Polizei, während er zum Schein mit Werner weiterverhandelte. Man nimmt an, daß der Bürgermeister Schmidt töten lassen wollte, um Amtsuntersuchungen zu vermeiden.

Ein Ferienheim in Elgersburg

Durch die aktive Solidarität der revolutionären Arbeitererschaft mit den von der Klassenjustiz verfolgten und verurteilten Klassenkämpfern sind durch die Rot-Hilfsorganisation einige Stätten proletarischer Solidarität geschaffen worden. So auch das Arbeiterkinderheim Mlye in Elgersburg. Unter der Herrschaft des Naziministers Fried wurde dieses im Thüringer Wald gelegene Kinderheim geschlossen.

Ab Njngsten ist das Heim der Arbeitererschaft als Kultur- und Erholungsheim wieder zugänglich gemacht. Durch genossenschaftliche Verwaltung wird es den Arbeitern, Angestellten und Beamten möglich gemacht, ihre Ferien, soweit sie welche bekommen und die Möglichkeit haben, sie wirklich als Ferien zu verbringen, in herrlicher Gegend und im Kreise von Klassen Genossen zu verleben. Das Kultur- und Erholungsheim in Elgersburg ist das schönste Haus des ganzen Ortes und bietet die Möglichkeit zu lohnenden Touren in den Thüringer Wald. In der Nähe Ilmenaus und Oberhoffs gelegen, kann man vom Erholungsheim aus zu den schönsten Punkten des Thüringer Waldes gelangen. Der Pensionspreis für volle Verpflegung bei vier Mahlzeiten am Tage sowie Benutzung des Bades und des gesamten Heimes und seiner Anlagen beträgt 12 Mark. Meldungen an Willi Krepphahn, Elgersburg in Thüringen, Ilmenauer Straße. Unterstützt das Kultur- und Erholungsheim

gung, daß sich die Landung tatsächlich auf dem Gurgler Ferner ereignet hatte. Alle Meldungen über angebliche Sichtung des Riesenballons, die seit Mittwochabend ununterbrochen aus allen Gegenden kamen, haben sich als falsch herausgestellt. Die Bevölkerung der Gegenden, die für die Landung des Ballons in Frage kamen, waren seit Mittwochabend in der fieberhaftesten Spannung. Aus dieser Atmosphäre sind denn auch die vielen Falschmeldungen zu erklären.

Der Weg des Riesenballons

Als am Donnerstagfrüh das Suchen von neuem begann, röhren die mildesten Gerüchte ein. Eine Falschmeldung folgte der anderen, bis endlich die Nachricht von der Landung in den Oetzalern Alpen Bestätigung erhielt.

So sorgt Sowjetrußland für seine Arbeiter

Ohne Krankheits- und Alterssorgen . . .

Was bietet die sowjetrussische Sozialversicherung dem Arbeiter?

Aus den hier angeführten einzelnen Bestimmungen kann sich der deutsche Arbeiter bereits ein Bild machen, wie total der Unterschied in den Maßnahmen des sozialen Schutzes in der Sowjetunion und Deutschland ist.

Im Falle einer zeitweiligen Arbeitsunfähigkeit tritt die Sozialversicherung sofort am ersten Tage derselben in Kraft, und die Höhe der Summe wird nach dem Arbeitslohn berechnet. Wenn der betroffene Arbeiter mehr als 3 Jahre beruflich tätig ist, erhält er 100 Prozent seines Arbeitslohnes als Unterstützungssatz. Falls er weniger als 3 Jahre in seinem Beruf tätig ist, erhält er auf die ersten 5 Tage seiner Arbeitsunfähigkeit 75 Prozent seines Lohnes ausbezahlt. Sollte die Arbeitsunfähigkeit länger als 15 Tage andauern, so erhält er ebenfalls 100 Prozent des Arbeitslohnes. Die Sozialversicherung kennt keine Grenzzeit und ihre Leistung dauert solange an, bis der Arbeiter wieder imstande ist seinen Beruf auszuüben.

Derjenige Arbeiter, der sein 54. Lebensjahr erreicht hat, erhält eine volle Altersrente und derjenige, der 30 Jahre im Produktionsprozess steht, ist unabhängig von seinem Alter ebenfalls Rentenanspruchsberechtigt.

Bei Fällen von durch Betriebsunfällen hervorgerufenen Invalidität, wo der Arbeiter einer dauernden Pflege bedürftig ist, erhält derselbe 100 Prozent seines Lohnes als Versicherungsatz. Wo keine dauernde Pflege nötig ist, erhält der Betroffene 75 Prozent seines Lohnes. Bei allgemeiner Invalidität

Piccards Ballon, der am Mittwoch um 4 Uhr früh in Augsburg gestartet war, trieb zunächst in westlicher Richtung bis zum Bodensee. Dann geriet er wieder in östliche Luftströmungen, die ihn bis zum Mittag südlich von Landsberg am Lech trieben. Von hier aus hat der Ballon denn ständig südlichen Kurs genommen, wobei er zweimal in der Umgebung von Parkenkirchen gestoppt wurde. Gegen 9 Uhr abends wurde er dann über den Stubai-er Alpen gesehen. Dann fehlten sichere Nachrichten bis Donnerstagmittag.

Gefährlicher Landungsplatz

Die Ortschaft Ober-Gurgl, in deren Nähe der Ballon niederging, liegt in der hintersten Ecke des Oetzalens. Ober-Gurgl ist das höchstgelegene Dorf in Nordtirol. Das Oetzal selbst beginnt bei der Station Oetzal der Eisenbahnstrecke Innsbruck-Landes und zieht sich etwa 40 Kilometer nach Süden. Ober-Gurgl ist von riesigen Gletschern und Bergen umgeben. Oberhalb der Ortschaft beginnt der zehn Kilometer lange Gurgler-Ferner. Da der Pöhweg, der zu dem Landungsplatz Piccards führt, nur eine Breite von ungefähr 1/2 Meter besitzt, werden die Bergungsmannschaften außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden haben. Und nur eine mit allen technischen Mitteln ausgerüstete Rettungsexpedition hat überhaupt Aussicht, über das wilde Gletschergebiet zu dem gelandeten Ballon vorzudringen.

erhält der Arbeiter in erster Kategorie zwei Drittel, in zweiter Kategorie vier Neuntel seines Arbeitslohnes.

Zu diesen Unfallversicherungsmassnahmen sei noch betont, daß dieselbe durch großzügig angelegte Schutzvorrichtungen in den Betrieben ergänzt sind. Laut Sowjetgesetz ist der stellvertretende Direktor des Betriebes persönlich dafür verantwortlich, daß sämtliche Stellen (Räder, Riemen usw.) in den Werkstätten, bis bei Unvorsichtigkeit ein Menschenleben gefährden könnten, mit entsprechenden Gittern u. a. Schutzvorrichtungen versehen sind. Aber auch sonst trägt man Sorge für die Gesundheit der Arbeiter. In den Betrieben gibt es allüberall kaltes und warmes Wasser, Waschgelegenheit, Handtücher, Seife, Arbeitskleidung, Selbstverständlich unentgeltlich. In Betrieben, die gesundheitsgefährdende Stoffe verarbeiten, gibt es noch täglich einen Liter Milch, Butter usw. Im Falle einer Erkrankung steht unentgeltlich der Betriebsarzt oder das Krankenhaus zur Verfügung. Ebenso gibt es für jeden Arbeiter (von den Vergünstigungen der Fünftagewoche nicht gesprochen!) einen zweiwöchigen bezahlten Urlaub im Jahre. Für kleinere Krankheits- und Ermüdungskrankheiten, wo Pflege nötig ist, stehen Nachtanatorien zur Hand.

Während dagegen in Deutschland die Versicherungsleistungen von Jahr zu Jahr mehr abgebaut werden, angeblich weil die Zahl der sie in Anspruch nehmenden immer größer wird, schützt sich die Sowjetunion gegen eine solche übermäßige Inanspruchnahme mit Vorbeugung, indem sie dafür sorgt, daß weniger Unfälle vorkommen.

Bullerjahn aus dem Zuchthaus beurlaubt



Lagerverwalter Bullerjahn, der unschuldig zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt ist, wurde für drei Monate beurlaubt, um das Wiederaufnahmeverfahren einleiten zu können. Unser Bild zeigt Bullerjahn (Mitte) mit Mutter, Schwester und Verteidiger.

Torpedo versenkt Ausflugsboot

Zwei Berliner Badegäste ertrunken

Riel, 28. Mai. In der Eckernförder Bucht ereignete sich am Dienstagvormittag ein schweres Unglück. Aufgestellte der Torpedoveruchsanstalt schossen Torpedos ein, wobei sich ein Torpedo als sogenannter Kreisläufer erwies. Der Torpedo traf ein Boot, das 1000 Meter seit ab lag, und in dem sich drei Personen befanden.

Der Kreisläufer durchschlug das Boot und brachte es zum Sinken. Ein älterer Arbeiter aus Borby hielt sich an dem Klanken fest und konnte gerettet werden. Sein Sohn und seine Schwiegertochter, die aus Berlin zu Besuch weilten, wurden mit in die Tiefe gezogen. Ihre Leichen konnten später geborgen werden.

Selbstmord vor seiner Gerichtsverhandlung

Der Direktor Eckert vom Städtischen Landwirtschaftsamt Nürnberg, der sich am Donnerstag wegen Untreue und Betrug vor dem Erweiterten Schöffengericht verantworten sollte, hat sich auf seinem Anwesen in Weizierleiner erschossen.

Explosion auf Panzerkreuzer „Prinzregent“

In Bord des früheren deutschen Panzerkreuzers „Prinzregent Luitpold“, der in Scapa Flow mit den anderen Schiffen der deutschen Hochseeflotte versenkt und später wieder gehoben worden war, ereignete sich eine Explosion, bei der vier englische Matrosen erheblich verletzt wurden.

Journalistenfahrt zur Sowjetunion

Das Reichsbüro Intourist der UdSSR hat sich auf zahlreiche Anfragen und Anfragen aus dem Kreise der Presse entschlossen, für Journalisten besonders preiswerte Gesellschaftsreisen zusammenzustellen, um so Interessierten Gelegenheit zu einem Besuch der Sowjetunion zu bieten. Für die Reise wird eine Ermäßigung von 25 Prozent gewährt. Reisebüro etwa 15. Juli. Weitere Auskünfte erteilt das Reichsbüro Intourist, Berlin 228 7, Unter den Linden 62.

West

Nord

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren
Franz Rzchulka
Aisenstraße 48, Ecke Leuthenstraße

Alfred Teuber, Friedr. Wilh. Str. 35
seit über 30 Jahren
Die beste und billigste Bezugsquelle
für Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan u. Stielgut

P. Pohl Schokoladen / Kakao / Zuckerwarenfabrik
Fleischerei und Wurstfabrik
Ernst Danke, Ottostraße 24 / Tel. 44850

Lebensmittelgeschäft Wih. Arndt
Bergstraße Nr. 28

Julius Fischer, Milchgeschäft
Leuthenstraße 3

Farben und Sacke - Malergaus
Westend- u. Ede VorderstraÙe

Gut und preiswert kaufen Arbeiter in der
Bäckerei F. Berger, Kreuzstr. 39

Deckt Euren Bedarf bei
Bedwig Hellebarth, Matthiasstraße 188

Lebensmittelgeschäft
Georg Barufke, Posener Straße 4

Reserviert Nr. 21

Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei M. Niesner

M. Scholz Kolonialwaren, Konserven
Oelsenerstraße 15

Deckt Euren Bedarf im
Lebensmittelgeschäft
Wih. Dvorog, Ottostraße 46

Franke, Lederauschnitte
Friedrich-Wilhelm-StraÙe 31

SCHUHWAREN
nur bei
WILHELM VOGEL

Kleischkauer
Warenhaus
Inh. Emil Lewin

Kolonialwaren, Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY

Sie kaufen billig bei
Wäsche- und Schürzenfabrik
W. Pfeiffer, Matthiasplatz 11

Kohlenhandlung Karl Milda
Posener Straße 70

Scholtzger Straße 12
Friedrich-Wilhelm-StraÙe 88

Bekleidungshaus Nord-Ost
Inh. Max Schöner

W. Zembrod
Waterloostraße 11

A. Kallinich
St. Vincenz - Drogerie
Breslau 10

Fischgeschäft
Leuthenstraße Nr. 27

Spezial-Fischhaus
Alfons Grütz, NikolaistraÙe 59

Fleischerei und Wurstfabrik
Inh. Max Schöner

Arbeiter kauft Fleisch- u. Wurstwaren bei
Andreas Oms

Rosenthaler Straße 43 Ruf 41657

Molkerei-Produkte Maria Klass
Leuthenstraße 64

Fleischerei und Wurstfabrik
Reinhold Scharbatke, Pöpelwitzstr. 29

Fleischerei und Wurstfabrik
Paul Berndt, Weißburger Str. 4

Paul Herrmann
Bäckerei und Konditorei
Trebniitzer Straße 64

Fisch Aberle
Matthias Str. 159

Bäckerei und Konditorei
Paul Moczko

Vogelfutter nur bei Ritter
Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ede Friedr.-Karl-Str.

Hausfrauen eure Fleisch- u. Wurstwaren
bei Fritz Urban, WeinstraÙe Nr. 39

Werktätige kauf. Kohlen bei
Edmund Prause

Ernst Rettig
Papierwaren
Mietzkastr. 1b

Fischhandlung Emil Wecke
Leuthenstraße 18

Kurt Reichert, Steinauer Straße 20

Milch- und Molkerei-Produkte
bei M. Krause

Geld auf Pfänder jeder Art
wie Anzüge, Wäsche, Schmuckgegenstände usw.
Leihhaus Grundmann

Christmann & Co., Scholtzinger Str. 38
Schuh- und Stiefellager

Paul Gebauer
Kolonialwaren - Tel. 59561

Drogen, Farben, Photo
Franz Gröschel, Leuthenstraße 60

Drogerie „Zum großen Kurfürsten“
Richard Ellison

Hut-Hönlid, Matthiasstr. 139

Ernst Helde
Rind- und Schweineschlächterei

Bäckerei und Konditorei
Alfons Unger

Bei Emil Schmelz
Friedrich-Wilhelm-StraÙe 25

Fritz Müller, Mühlenniederlage
Spez: Mehl, Vogelfutter, Sämereien

Bäckeri und Konditorei
Oskar Hübner, Rosenstraße 18

Christmann & Co., Scholtzinger Str. 38
Schuh- und Stiefellager

Im Schuhmarkt
Aisenstraße 23

Reserviert

Milch- und Molkerei-Produkte
empfiehlt Albert Klinger

Fritz Dauch, Lederhandlung
Schuhe und Schuhbedarf

Ernst Helde
Rind- und Schweineschlächterei

Ost

West

Ohlau

Oels

Max Schütze Nachf., Kurt Fischer
Drogen - Farben - Lacke

Kolonialwaren, Weine, Spirituosen
Gebr. Scholz

R. & J. Lux
Kolonialwaren

Schuhhaus
Robert Scholz

Schuhhaus
Schape

Fischhaus Ost
Tautenzienstr. 145

Hausfrauen!
Feine Fleisch- und Wurstwaren

Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei Otto Danke

Paul Frost, Breslauer Chiquette 3

E. Richter, Likörfabrik

Schnelbeschlagnahm
Tautenzienstraße 104

Hausfrauen! H. Fleisch- u. Wurstwaren
bei F. Lipka

Fleischerei, H. Gawlich
Leuthenstraße 1

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Bruno Nowak, Oderstr. 53

Reserviert

Schuhhaus Fröhlich
Spezialhaus für Herren-,
Damen- und Kinderschuhe

Hausfrauen! Fleisch- und Wurstwaren
bei H. Kaupke

Feine Ware, niedrige Preise und 8% Rabatt
bei B. Köppler, Kolonial- u. Tabakw.

G. Kuschig, Breslauer Straße 8

Kauf am Platze

Arbeits-Hosen
bei Malinowitzer

Reserviert L. 13

Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt Paul Ulrich

Karl Roßdeutscher, Breslauer Str. 3

Kaufhaus
Riesentfeld

Hausfrauen,
feine Fleisch-
und Wurstwaren

Reserviert

Fleisch- und Wurstwaren
Eduard Gündel

A. Eiffel
Fahrräder, Nähmaschinen

Kaufhaus
Max Bernstein

Hausfrauen!
Feinbackwaren
bei Adoll Buntig

Reserviert

Kauft Blumen bei jed. Gelegenheit im
Blumenhaus

Arbeiter-Bekleidung
Lieferung ganzer Ausstatten

Strehlen

Roßschlächterei, H. Herrlich, Selenkestr. 23

Bäckeri und Konditorei
Emil Menzel

Kauft Kolonialwaren
bei Rich. Bothe, Bergstraße 35

Bekleidungshaus
Jul. Rosenbaum, Ring 11

Schuh-Blascke

Kolonialwaren und Spirituosen
Georg Heimann, Schwenkfeldstr. 32

Fleisch- und Wurstwaren
kauft man billig
und gut bei Joseph Skiebe II

Hausfrauen! Diana-Drogerie
A. Kleemann

Schuhwaren
und Reparaturwerkstätte nur bei
Kapuste, Ring Nr. 7

Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner

Milch-, Molkerei-Produkte empfiehlt
Franke, Hirschstr. Ecke Lehmdamm

Feine Fleisch- und Wurstwaren
40222 bei Joseph Hauer, Paulstraße 14

F. SPERLICH
Drogen, Farben, Photo

Alle Lebensmittel bei
E. Wibrich Nachf.

Man kauft gut im
Schuhhaus Kuntz, Kl. Kirchstr. 1

Reserviert

Mech. Schuh-Reparatur „Stern“
wird bestens empfohlen nur Sternstr. 57

Kauft Lebensmittel bei
Hellmuth Goy

Reserviert

MAX KALKE, Ring Nr. 25
Bekleidung

Lebensmittel und Molkerei-Produkte
preiswert bei
Maria Hartmann, Fürstenstraße 20

Heinrich Zenker, Kolonialwarenhandlung
Scheitniger Str. 54 Tel. 43214

Kolonialwaren, Spirituosen
Weine, Zigaretten und Tabake

Reserviert

RADIOFONBAU-
GESELLSCHAFT m. B. H.

Genossen, gut und preiswert
kauft ihr in der Fleischerei und Wurstfabrik
Gustav Beyer, Fürstenstraße 3/5

Reserviert

Ein sicherer Kummerstiller, ist der gute
Korn von Miller, Lange Straße 45

Reserviert

Reserviert

Molkerei-Produkte und Lebensmittel
Robert Böhm

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Molkerei-Produkte und Lebensmittel
Robert Böhm

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Genossen und Genossinnen, werbt neue Abonnenten

Waldenburger Bergland

Waldenburg

Betriebsräte!

Am Sonnabend, dem 30. Mai, um 19 Uhr, findet die Fortsetzung des Betriebsrätekursums in unserem Büro in Waldenburg, Scherzstraße 2, statt. Das Erscheinen jedes Kameraden ist äußerst notwendig.

Schweidnitz

Wählt Liste 4!

Als ein Genosse der KPD. am Tage der Betriebsrätewahl der Postler Flugblätter mit obiger Parole verteilte, wurde er vom „Vertrauensmann“ Geise aus dem Hofe des Telegraphen-Autoparks gemieden. Aber das war die beste Propaganda für die Liste 4! Fast alle, die es gemerkt? Ja, mit solchen Kleinigkeiten Methoden kann die KPD. nicht aufgehoben werden. Auch in den Kreisen der unteren und mittleren Beamten, Angestellten und Arbeiter fängt es an, zu dümmern. Immer klarer zeigt es sich, daß nur die KPD. die Interessen der Werktätigen wahrnimmt.

ADGB-Bonze gesteht den Bankrott des Reformismus ein

Dieser Tage veranstaltete der Ortsausschuß des ADGB. hier einen Vortragsabend, in welchem „Kollege“ Funke, Breslau, ein Referat hielt. Er sprach über die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Fast er dabei nur an der Oberfläche der ganzen Frage herumredete, wüßte sich von selbst, da ja ein ernstes Eingehen auf das Problem dazu führen würde, daß sich die Herrschaften selber auflösen müßten. Funke beschränkte sich daher darauf, mit einigen Phrasen von der Planlosigkeit unserer Wirtschaftsordnung zu faszeln, die ja bekanntlich von der SPD. und dem ADGB. für alles Elend verantwortlich gemacht wird. Diese Analyse zwang Funke zwar dazu, festzustellen, daß sich ein wahrer Zerfall in der Wirtschaft breitmacht, aber das war auch so ziemlich alles, was er „theoretisch“ dazu zu sagen hatte. Und der Ausweg aus diesem Zerfall? Nicht wie es

Waldenburg

bei Gründung der Gewerkschaften als selbstverständlich galt, Vernichtung des Kapitalismus, wenn dieser nicht mehr imstande ist seinen Sklaven Arbeit und Brot zu verschaffen, sondern mehr Hunger durch die Arbeiter, um auf diese Weise den Kapitalismus am Leben zu erhalten. Deshalb war es kein Wunder, daß Funke für die 40-Stunden-Woche — ohne Lohnausgleich — eintrat als Rettung aus dem Zerfall. Das muß selbst seinen Kollegen irrsinnig vorgekommen sein, denn es meldete sich in der Diskussion niemand. Sie sagten sich, was soll man gegen eine solche Art von „Kampf“, wie er hier produziert wird, sagen, das lohnt sich nicht. Aber was wird die Folge sein? Die Passivität, die jetzt schon unter den Mitgliedern herrscht, wird sich in offene Feindschaft umwandeln.

Hier müssen unsere Genossen einhalten. Hier muß unsere Aufmerksamkeit einengen. Wir müssen diesen Kollegen zeigen, daß es noch einen anderen Ausweg gibt als den, der ihnen von den Bonzen gewiesen wird. Sie anschließen an die KPD. und mit ihr den Kampf organisieren, das ist die Pflicht, die allen Arbeitern in dieser jetzigen Situation obliegt. Nicht passiv werden, sondern nur erst dafür sorgen, daß die Arbeiter zur roten Klassenfront stoßen, um mit dem Elend Schluss machen zu können.

Schweidnitz

In einer Schaubude auf dem Schützenplatz stürzte eine mit dem Motorrade im Innern einer hohlen Kugel fahrende Artistin vom höchsten Punkte der Kugel senkrecht nach unten. Sie blieb mit schweren inneren Verletzungen liegen.

Schwerer Sturz einer Artistin.

Schweidnitz

In Hohen-Poseritz wurde die Stellenbesitzerin Krenschmer von einer Kuh geschlagen. Sie erlitt innere Verletzungen, denen sie im Krankenhaus erlag. Die Verunglückte war erst seit einigen Wochen verheiratet.

Von einer Kuh zu Tode geschlagen.

Jobben

Der landwirtschaftliche Arbeiter Jops aus Jobben, der sich in Bunzlau auf der Durchreise befand, erhängte sich in der Bedürfnisanstalt des Volkshauses. Der Lebensmüde war unverheiratet und hinterläßt Frau und drei Kinder.

In der Bedürfnisanstalt erhängt

Niederschlesien

Heute 20 Uhr: Öffentl. Volksversammlung

im Saale des „Konzerthaus“ in Görlitz

Genosse Landtagsabg. Oskar Müller-Berlin spricht über: **Mit Stahlhelm für Krieg, Hunger u. Faschismus**
oder: **der KPD. für Freiheit, Brot und Arbeit** — Werktätige! erscheint in Massen!

Görlitz

Mussolinische Sklaverei in der Ziegelei

Kriška, Kreis Görlitz. A. K. „Italien in Ketten.“ heißt die letzte Nummer der „AZ“, in welcher die ungeheuerlichsten Ausbeutungsmethoden im faschistischen Italien geschildert werden. Genau solche Ausbeutungsmethoden wendet man in der hiesigen Ziegelei an. Der Ziegeleimeister Zitz, als stammer Verfechter des „Dritten Reiches“, er glaubt sich nach Mussolinien verfeuert und denkt, daß die Arbeiter gleichfalls wie in Italien nur dann Geld erhalten, wenn es dem Diktator paßt. Da aber „Herr“ Zitz auf das „Dritte Reich“ nicht allzu große Hoffnungen zu setzen scheint, verläßt er schon vor dem Eintritt des Diktator-Reiches sich seine Nazitasche zu füllen, indem er sich bei dem bevorstehenden Verkauf der Ziegelei persönlich zu bereichern sucht. Durch Unterschriften von Reversen sichert er sich gegen jede Abwehr seiner Ausbeutung durch die Arbeiter. Sclandalös ist es aber, wenn man die Arbeiter vier Wochen arbeiten läßt, wobei man sie fünf Tage ausziehen ließ, und ihnen dann als Lohn für die erste Woche ganze drei Mark, für die zweite Woche ganze fünf Mark zahlt. Die dritte Woche bequeme sich Zitz dazu, ihnen wenigstens sieben Mark auszuzahlen. Durch diese Art der Ausbeutung haben die Proleten Lohngehälter in Höhe von 20 bis 25 Mark. Als nun die Proleten auf Lohnnachzahlung drängten, wurde ihnen von Zitz höhnisch erklärt, daß kein Geld da sei und es auch eine Frage sei, ob sie es später bekommen würden. Wohl haben die Proleten sich an das Arbeitsgericht gewandt, aber was nützt es ihnen, wenn trotz der ihnen gerichtlich zugesprochenen Lohnsumme eben durch Bankrott kein Geld vorhanden ist?

Diese Zustände in der Ziegelei in Kriška müssen den Proleten,

die noch heute aus Gedankenlosigkeit den Nazis nachlaufen, zeigen, wie es im „Dritten Reich“ ausschauen wird.

Proleten von Kriška, auch ihr müßt einsehen, daß euer Platz nicht in einer kapitalistischen Partei, wie es die Nazi-Partei ist, sein kann. Organisiert euch in der KPD! Hinein in die KPD., und kämpft mit der Klassenbewußten Arbeiterkraft um eure Befreiung!

Kommunistische Niedertracht

So lautet die Überschrift eines Artikels der „Görlitzer Volkszeitung“, indem sie sich zum Schützer des Witschorke in Beschuldigung aufzuklären versucht. Unseren Lesern wird noch sehr in Erinnerung sein, welche niederträchtiges Dokument, das den Namen Witschorke als Abfänger trug, wir in der vergangenen Woche veröffentlichten. Der Versuch, diesen W. vor der Unprangerung zu schützen, ist nicht für die Person des W., sondern soll vielmehr die SPD. als Partei des Arbeiterverrats reinwaschen. Der Fall Witschorke ist kein Einzelfall und beleuchtet ebenso wie die anderen die Gesamtpartei. Nur dieser allein sind diese Zeilen gewidmet. Es hilft nun alles nicht, wenn auch von der „Volkszeitung“ geschrieben wird, die Unterschrift und der Brief (war) seien gefälscht — und versucht wird, jemand anders als der Schreiber dieses Dokuments zu bezeichnen, weil man dem rührigen Funktionär W. nichts am Zeuge stehen könnte, so müssen wir doch schon sagen, daß dieser Versuch mißlingen wird. Die Arbeiterschaft von Görlitz, die den Witschorke etwas besser kennt, besonders von einer Seite, die jedem ehrlichen Arbeiter die Schamröte ins Gesicht treibt, wird W. auch als das bewerten, und mit ihm auch diejenigen, die ihn schützen wollen. Wie „lächlich“ und „rührig“ dieser SPD. und Freidenkerfunktionär ist, und wie sehr er von der Polizei der SPD. überzeugt ist, soll damit dokumentiert werden, was er

vor längerer Zeit zu unseren Parteigenossen unter Zeugen gesagt hat: „Wenn wir von Seiten der SPD. Arbeit oder ein Posten in der Partei gefordert ist, so trete ich sofort zur SPD. über!“

Wir Kommunisten danken bestens für solche Elemente, die ihre politische Einstellung und Betätigung vom materialistischen Gesichtspunkt aus wechseln, wie man schmutzige Wäsche wechselt. Es ist zugleich bezeichnend für die Partei der SPD., und zeigt, wie „unartig“ ein Teil der Mitglieder dieser Partei ist, wenn er seinen Arbeitsskollegen gegenüber zum Ausrunder bringt, daß diesem W. das zu vertrauen wäre, wenn aber eine sogenannte Parteigröße vor ihm steht, umfällt wie ein Klotz und seine ganze Zügellosigkeit an den Tag legt. Wir haben keine Angst vor einer gerichtlichen Auseinandersetzung. Dort muß Witschorke den Wahrheitsbeweis antreten, daß er diese Karte nicht geschrieben hat. Für uns ist maßgebend das Dokument mit der Adresse des Abfängers. Daß der Inhalt, wie wir ihn brachten, den Tatsachen entspricht und nicht gefälscht ist, dafür werden wir mit mehreren Zeugen, die die Karte gelesen haben und sich über die darin enthaltene Niedertracht empört, den Wahrheitsbeweis antreten.

Die Stadtverwaltung im Dienst des Faschismus

Die faschistische braune Mordpest macht sich von Tag zu Tag immer breiter. Der beste Förderer dieser Pest ist der Görlitzer Magistrat, indem er diesen Horben den häßlichen Turn- und Spielplatz an der Schenkenbergstraße zur Abhaltung ihrer Bürgerkriegsübungen freigibt. Am ersten und zweiten Pfingstfeiertag früh 5 Uhr hörten wir schon die ersten Kommandos und Verherrlichungen des langen Ochs in München. Was sagen nun hierzu die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder? Einverstanden? Arbeiter! Wehrt euch gegen derartige Methoden des Görlitzer Magistrats. Die Roten Sportler haben des öfteren schon eine Eingabe wegen Vereinfachung des Turn- und Spielplatzes gemacht, sind aber damit abgewiesen worden. Es gilt also für Arbeiter, solange nicht die häßlichen Turn- und Spielplätze auch für den Roten Arbeiterpartei geschlossen sind, diese Plätze zu meiden.

Haynau

Brüning-Sozialisten in Kampfesstellung

Nicht etwa gegen den Stahlhelmmarisch oder Notverordnungen, sondern nur im Kampf gegen die III-Kommunisten. Da die christlichen Korruptionsfälle in der SPD., im Reiche wie in Haynau, sich täglich häufen, so ist es zu verstehen, daß diese Gesellschaft verurteilt, die Öffentlichkeit durch die schändlichen Methoden von ihren unmöglichen Zuständen in ihrem Organisationsstil abzulenken. Ihre so gut behaltene Tintenfaße von der „Volkszeitung“ sind schon auf den Mann drücker, das heißt, wie die politischen Reagenten hierzu sich diese Karte über jeden aus der proletarischen Organisation ausgeschlossen her, um Material gegen die Kommunisten zu bekommen. So konnten wir dieser Tage wiederum in der Schmutzblattschrift für politische Individuen eine Erklärung des neuen Organisations-schädigung aus der „Roten Blüte“ ausgeschlachten. Es wird kein sein. In der Erklärung selbst versucht man der Organisation sowie auch den Genossen Vertrup der Korruption zu bezichtigen, ohne natürlich irgendwie solche beweisen zu können. Die Verleumdung ist diesen Geistes ja nur ein Mittel zum Zweck im Kampfe gegen die Kommunisten. Wenn diese armeneligen Geistes der Meinung sind, der Herr Topich habe bei den Kommunisten eine große Rolle gespielt, so irren sie sich; diese scheint er jetzt bei der SPD. wieder zu lernen. Wir werden in Zukunft von dieser sozialdemokratischen Gaunermethode keine Notiz mehr nehmen, weil uns der Raum der Zeitung dafür schade ist.

Glogau

Gegen den Schandparagrafen

Vollzug. Sonnabend, den 6. Juni, um 20.30 Uhr im Saal des Stadthaus öffentliche Versammlung. Es spricht Dr. ... über den § 218. Sorgt für Massenbewußt.

Liegnitz

Kinder fischen aus der Katzbad einen verwesten menschlichen Fuß

Badende Kinder fanden in der Katzbad innerhalb der Dammungbrücke ein altes Fadett aus Kattun. Sie wollten es wieder in die Katzbad werfen, es blieb jedoch am Ufer hängen. Dabei wurde beobachtet, daß aus der Fude etwas herausfiel. Bei näherem Zusehen wurde festgestellt, daß es sich um ein Stück eines menschlichen Fußes handelte. Das Fadett hatte aneinander ihren längeren Zeit in der Katzbad gelegen, denn der Fuß ist schon stark verwest. Die Kriminalpolizei ist von dem Funde sofort benachrichtigt worden. Wie der Fuß in die Katzbad gekommen ist, bleibt noch völlig unklar. Die Untersuchung wird mit allem Eifer geführt.

Hübscher Trotterschuh in hohelnuß u. neuartigen Kombi. 6.90

Fescher Lackschuh mit LXV-Absatz 6.90

Herren-Straßenschuh, gut und billig 5.95

Brauner Straßenschuh gedeckter Farbton, sehr bequeme Form 6.85

Beliebter, gern gekaufter Lack-Spangenschuh 4.45
Hübscher brauner Spangenschuh mit Laufabsatz 4.90
Eleganter Lackschuh für den Herrn 6.85

Liwera-Strümpfe in entzückenden Farben

Gut wie immer!

billig wie nie!

Höchstleistungen in Qualität u. Preiswürdigkeit

Tack

Liegnitz, Ring 14, Fernsprecher 2902

Der Fall Curtius

Berlin, 28. Mai.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts hat der Außenminister Curtius über den Verlauf und die Ergebnisse der Genfer Tagungen des Völkerbundesrats und des Europakomitees Bericht erstattet. Das Reichskabinett hat nach einer ausgedehnten Aussprache, die teilweise recht hitzige Formen annahm, dem Außenminister das Vertrauen ausgesprochen. Der Reichskanzler hat ein überglückliches, indem er Herrn Curtius offiziell den Dank der Reichsregierung zum Ausdruck brachte.

Die Vertrauensklärung des Kabinetts schafft jedoch dem seit Genf voll entfachten Kampf um Curtius kein Ende. Denn der Fall Curtius ist keine persönliche Frage, sondern ein Ausdruck der unüberbrückbaren Kluft zwischen dem von der Krise distanzten Drang nach Expansion, nach Voderung der Versailles Fesseln, nach Erleichterung des Jochs der Reparationen einerseits und der Ohnmacht der deutschen Außenpolitik, ihrer Unfähigkeit, einen selbständigen, energiegelichen, rücksichtslosen Schritt zu tun.

Die volle Niederlage von Dr. Curtius in Genf besiegelt den Bankrott aller bisherigen deutschen Außenpolitik.

Der Kampf um Curtius, der seit Tagen in der deutschen Bourgeois-Prese geführt wird, hat vor allem innerpolitische Beweggründe. Ein Teil der deutschen Schwerindustrie wünscht eine schnellere Verständigung mit Frankreich, die Großagrarier verlangen eine schnellere Vereinigung der deutsch-polnischen Beziehungen. Aber ungeachtet aller Intrigen, die zweifellos im Werke sind, um die Position Curtius zu untergraben, scheint die „Kölnische Zeitung“ der Wahrheit am nächsten zu kommen, wenn sie die trübe Quelle, aus der die Kampagne gegen Curtius floß, im Zentrum der Regierung selbst sucht.

Die Brüning-Regierung braucht nach der schweren Genfer Niederlage einen Köder, um die breite Öffentlichkeit von der neuen Notverordnung und ihren Segnungen abzulenken. Diesem Zweck sollte der „Kampf“ um Curtius dienen.

Gleichzeitig aber ist die Debatte um Curtius ein Ausdruck der Stagnation der deutschen Außenpolitik, ein Ausdruck der Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie, einen selbständigen außenpolitischen Kurs einzuschlagen, unbeflümmert um die Interessen des Young-Plans die Versailles Schranken durchbrechend.

Der Fall Curtius kündigt für die nächste Zukunft eine Periode größter Schwankungen der deutschen Außenpolitik an — Schwankungen, die aber immer nachdrücklicher das Schwergewicht der deutschen Außenpolitik nach dem Westen verlegen werden.

Abbruch des Generalstreiks in Nordschweden

Stockholm, 28. Mai. Die lokalen Gewerkschaften der Papier- und Sägereiarbeiter in Dalen sowie der anderen nordschwedischen Zentralen dieser Industrie haben in allgemeinen Mitgliederversammlungen beschlossen, den Generalstreik abzubauen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Das Zentralorgan der KP. Schweden, „Arb Dag“ bemerkt dazu, daß dieser Schritt erfolgrat, weil es den reformistischen Führern gelang, an einigen Punkten die Front aufzubrechen. Er ist ein taktisches Manöver, welches in musterhaftiger Ordnung durchgeführt wird und die Stimmung unter den Massen, die annähernd 14 Tage ohne Unterstützung im Kampf standen, ist ausgezeichnet.

Der Streik der Papierfabrikarbeiter in Marma, der die Solidaritätskämpfe ausgelöst hatte, wird nicht abgebrochen, er soll mit Hilfe der übrigen Arbeiterschaft bis zum vollständigen Sieg weitergeführt werden.

Hungermärsche in USA

Newport, 28. Mai. In Pontiac im Bundesstaat Michigan beglückten 5000 Arbeiter die Teilnehmer am Hungermarsch des Bundesstaates und unterstützten energisch deren Forderung nach Unterstützung. In Kalamaazo demonstrierten 4000 Arbeiter, in Sattlercreek 5000, in Flint, der Stadt der General Motors, trieb die Polizei die Teilnehmer am Hungermarsch zurück.

Die polnischen Borfigs zittern vor dem Fünfjahrplan

Sensationelle Geständnisse der polnischen Industriellendelegation

Die polnische Industriellendelegation, die vor etwa 5 Wochen unter der Führung des Vorsitzenden des polnischen Schwerindustriellenverbandes Wierzbicki nach der Sowjetunion gereist war, um nach dem Vorbild der deutschen Schwerindustrie Lieferungsverträge mit der Sowjetregierung abzuschließen, ist vor einigen Tagen aus Warschau zurückgekehrt. Unmittelbar nach ihrer Ankunft haben die führenden Teilnehmer der Delegation in der großen polnischen Handelspresse sensationelle Erklärungen über ihre sowjetrussischen Reiseindrücke abgegeben.

Darüber veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ einen ausführlichen Bericht ihres Warschauer Korrespondenten, dem wir die folgenden aufsehenerregenden Mitteilungen entnehmen.

Der Korrespondent des „B. T.“ schreibt: „Kunmehr äußert sich Wierzbicki, der übrigens der nationaldemokratischen Partei angehört, in fast hymnischer Weise über Sowjetrußland. Er behauptet in der „Gazeta Handlowa“, daß der sowjetrussische Aufbau nur verglichen werden könne mit dem Aufbau, den vor einigen Jahrzehnten Amerika erlebt habe. Von dem Gelingen des Aufbaus ist er überzeugt. Was Polen angeht, so bleibt — nach Wierzbicki — nur eine Frage von beschränktem Umfang übrig: wird es Polen gelingen, durch Lieferungen an Sowjetrußland aus dem sowjetrussischen Aufbau einen bescheidenen Nutzen für Polen zu ziehen? Nicht mehr Rußland könne es zugunsten werden, sich zu diesem Punkte zu äußern, vielmehr müsse Polen schleunigst die Initiative ergreifen.“

Deutschland und Amerika seien es zur Zeit, die sich in die Belieferung Rußlands teilen. Für Polen würde jedoch auch noch Platz vorhanden sein, sofern Polen in der Lage wäre, seinen Export zu finanzieren, ähnlich wie Deutschland das getan habe. Er jedenfalls habe aus seinen Unterredungen mit den russischen Wirtschaftsführern den Eindruck gewonnen, daß man in Moskau Polen loyal gegenüberstehe.

Ebenso bedingungslos scheint die Zustimmung der übrigen Delegationsmitglieder zu sein. Die meisten legen, ebenfalls in der „Gazeta Handlowa“, ihre Eindrücke in ausführlichen Artikeln dar. Die Ingenieure unter ihnen korven zu folgendem Schluß: die riesenhaften Anlagen für die Produktion von Eisenwaren genau eingepaßt und dank der Mitarbeit der Bevölkerung in vollem Umfang produktiv. Einer der Ingenieure, Pietrowski, erklärt in der „Gazeta Handlowa“ zerknirsch, diese Reise sei für Polen vor allem insofern nützlich, als sie mit dem Vorurteil aufräume, daß die Polen „die patentierten Rußlandkennner“ seien. Offenbar um Einwendungen zuvorzukommen, hebt Wierzbicki und die Ingenieure hervor, daß sie sich fünf Wochen lang frei und ohne jede Bevormundung bewegt hätten.“

Der finnische Faschismus raffelt mit dem Säbel

Wachsende Kriegsgefahr im Nordosten — Die Spießgesellen des konterrevolutionären Kulakentums

Moskau, 28. Mai. Der Konflikt zwischen der Sowjetunion und Finnland spitzt sich weiter zu. Die finnischen Rapposchisten setzen, von der Regierung gedeckt und begünstigt, ihre systematischen Provokationen fort. Sie beabsichtigen den geplanten bewaffneten Marsch nach der Sowjetgrenze unter allen Umständen durchzuführen.

Die Sowjetpresse veröffentlicht die vom stellvertretenden Außenkommissar Kretinski dem finnischen Geschäftsträger in

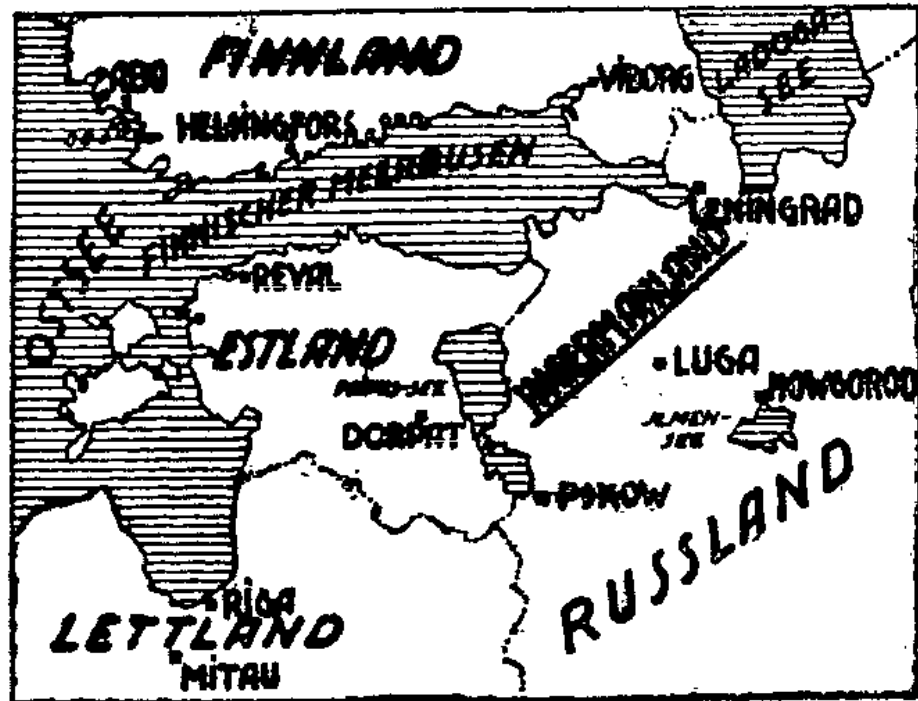
Moskau übergebene Note der Sowjetregierung, durch die die Note der finnischen Regierung vom 16. Mai beantwortet wird. In der Note der Sowjetregierung werden die Hinweise der finnischen Regierung auf die Erklärung des Vorsitzenden der Delegation der RSFSR bei Abschluß des Friedensvertrages mit Finnland, am 14. Oktober 1920, zurückgewiesen.

Diese Erklärung — so heißt es in der Note — war die Antwort auf die finnische Bitte, zu erläutern, in welcher Weise die finnische Bevölkerung die in der Sowjetregierung verbrieften Rechte der nationalen Minderheiten genießen wird und trug ausschließlich den Charakter einer Information. Deshalb gibt diese Erklärung keineswegs der finnischen Regierung das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion einzumischen.

In der Note wird weiter Protest gegen eine derartige Einmischung eingelegt und erklärt, die Sowjetregierung gebe die folgende Erklärung, um der finnischen Regierung ein für allemal die Möglichkeit zu nehmen, sich darauf zu berufen, daß sie nicht unterrichtet sei, und dadurch ihre Duldbarkeit gegenüber der ägellofen Antisowjetkampagne zu rechtfertigen:

Die finnische Bauernschaft des Leningrader Gebiets entfernt gemäß den Beschlüssen der Dorferfassungen aus ihrer Mitte Kulaken, die durch Methoden des Terrors dem Uebergang zu den kollektiven Formen der Landwirtschaft entgegenwirken. Aus diesen Beschlüssen kann keineswegs eine Verletzung der Rechte der finnischen Bevölkerung herausgelesen werden, wie auch die gerichtliche und administrative Bestrafung gewöhnlicher Verbrecher und staatsfeindlicher Elemente, die dieser Bevölkerung angehören, keineswegs eine Verletzung der Rechte der nationalen Minderheiten darstellt.

Der Schluß der Antwortnote der Sowjetregierung an Finnland hat folgenden Wortlaut: „Die Note der finnischen Regierung vom 16. Mai stellt objektiv eine politische Unterstützung des konterrevolutionären Kampfes des nichtigen Kulakenhäufleins im Leningrader Gebiet gegen den Uebergang der gesamten Bevölkerung zu höheren Landwirtschaftsformen und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion dar. Die Regierung der Sowjetunion ist gezwungen, den Schritt der finnischen Regierung scharf zurückzuweisen und gegen die Einmischung der finnischen Regierung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion zu protestieren.“



Moskau übergebene Note der Sowjetregierung, durch die die Note der finnischen Regierung vom 16. Mai beantwortet wird. In der Note der Sowjetregierung werden die Hinweise der finnischen Regierung auf die Erklärung des Vorsitzenden der Delegation der RSFSR bei Abschluß des Friedensvertrages mit Finnland, am 14. Oktober 1920, zurückgewiesen.

Diese Erklärung — so heißt es in der Note — war die Antwort

Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Maltagen 1929

Von Klaus Neukrantz

Copyright internationaler Arbeiterverlag

20. Fortsetzung

Der junge, parteilose Arbeiter lächelte höhnisch und Töle war still. Er dachte nur, daß sie ihm das in der nächsten Mitgliederversammlung, wenn er es erzählen würde, und er nahm sich vor, es bestimmt zu tun, einfach nicht glauben würden.

„Der Vizepräsident ohne Kopf“, lächelte der junge Arbeiter. „Ne... der hat schon ein Kopf“, antwortete Kurt, „... aber wißt ihr, daß es so ein „anständiger“ Demokrat, der sich Wette in die Ohren stopft, wenn sein Chef knallen läßt. Blut kann er nicht sehen — er sieht so lange aus' Fenster und rooht — alles ein Zehndel!“

Auf einmal hatte der alte Töle vor diesen unheimlichen Korridoren mit den vielen verschlossenen Türen seine Furcht mehr, er hätte die glanzvollsten Beamtengeichter, die ihn mißtraulich anstarrten, er hätte die Offiziere, die mit ihren hohen, blanken Stiefeln vorbeiliefen. Das waren also die, mit denen der „Genosse“ Polizeipräsident zusammenlag, die vor ihm die Haken zusammenschloßen und die im Namen seiner alten Partei morgen auf ihn und seine Klassenossen schießen würden...

„Pfiu Deibel... pfiu Deibel...!“ Es war das Einzige, was er sagte.

Draußen auf dem Alexanderplatz brüllten die Mithämer. Am der Ecke der Neuen Königstraße hing oben an dem sauchenden Dampfhammer, der mitten auf der Straße stand, eine kleine blutrote Fahne...

Klaxmüsse I

Das graublau, kalte Morgenlicht des 1. Mai fiel in die stille menschenleere Straße.

Heute ist Feiertag. — In ihren Stuben und Kammern schlafen die Menschen zwei, drei Stunden länger. Umsonst heult heute die Frühstüne der UEG. Brunnenstöße. Der schwarze Menschenstrom,

den das eiserne Tor jeden Morgen um 8 Uhr verschluckt, kam nicht. Die Eisenbahnbrücke am Bahnhof Büttlichstraße, über die um diese Stunde wochentags im Morgengrauen die Arbeiter drängen, blieb leer. Einsam und verlassen liegen die stillen Zugangstrassen der Siemensstadt. Die Schatten der großen Schwungräder hinter der riesigen Glasfront der „Turbine“ in der Huttenstraße sehen sich heute nicht in Bewegung. Ueber dem spiegelglatten Wasser des Nordhafens hängen die schwarzen eisernen Klauen der Krane regungslos in der kalten Morgenluft...

Leer und sinnlos fahren die fahrplanmäßigen Frühzüge der Stadtbahn in die Industrieviertel. Nur in den Folterwagen sitzen ein paar Betriebsinspektoren und Ingenieure, die die ersten Morgenzeitungen mit dem im Kriegsberichterjargon fettdruckten Artikeln auf der ersten Seite des Hauptblattes lesen.

... die Bevölkerung Berlins ist gewarnt worden! Wie der Polizeipräsident noch einmal mitteilt, wird mit rücksichtsloser Schärfe gegen diejenigen vorgegangen werden, die den geringsten Versuch machen sollten, das Demonstrationsverbot zu mißachten... die Arbeiterviertel sind besonders mit ausreichendem polizeilichem Schutz versehen... der Staatsautorität gebührende Geltung zu verschaffen... liegen Beweise dafür vor, daß die Kommunisten die Mairfeier zu einem blutigen Linksputsch benutzen wollen...

Eine Zeitung trug rechts oben in der Ecke nebeneinander zwei Bilder. Links der Kopf des kommunistischen Parteivorsitzenden Thälmann und daneben das Bild des Leiters der polizeilichen Aktion, des Polizeiobersten Heimannsberg. Darunter stand aufreizend: „Wer von beiden wird Berlin heute beherrschen?“ — Nach wenigen Stunden waren sämtliche Morgenblätter ausverkauft.

★

Das erste laute Geräusch in der Gasse, früh um sieben Uhr, kam von der „Roten Nachtigall“. Der schwarze Willi zog die schweren Kolläden hoch und schlürfte mit kleinen verschlafenen Augen auf die Straße. Er hob die Nase, als wenn er in die kalte Morgenluft roch. In der menschenleeren Gasse vor ihm hingen schon vom Abend vorher einige rote Fahnen, die sich leise und lautlos im Morgenwind bewegten.

„Dunnerslütchen... wo war denn das Transparent geblieben...?“

Er rieb sich die Augen, aber es blieb verschwunden. — In der Nacht hatten die Arbeiter quer über die Straße ein großes Schild gehängt, auf das eine Karikatur des Berliner Polizeipräsidenten

mit der Unterschrift „Dörzwiebel“ gemalt war. Das Transparent hatte anscheinend die Polizei, vorfahrigeweise in einer Stunde, in der sich auch die letzten fleißigen Genossen für eine kurze Zeit hingelegt hatten, abgenommen.

Er lastete wieder in das Lokal, holte sich einen Stuhl und zwei rote Fahnen heraus. Sorgfältig besetzte er die Fahnen auf beiden Seiten des Eingangs. Das mußte er selber machen, da ließ er keinen anderen heran. — Auf das große Eisenbild über dem Schaufenster hatten sie schon gestern abend ein großes Tuch gespannt. „Es lebe der 1. Mai“, stand mit großen weißen Buchstaben darauf und daneben war eine große geballte Faust gemalt.

„Ordnentlich fein sieht meine alte Budite heute aus...!“ sagte er und betrachtete mit schiefem Kopf vom Damm aus die Hausfront. Dann schlurte er mit seinen alten, ausgetretenen Pantoffeln, von denen er sich nur im Bett trennte, wieder herein und hing an aufzuräumen. Die frische Morgenluft kam durch die offene Tür und vertrieb schnell den fastgewordenen Tabakdunst aus der „Roten Nachtigall“.

Eine halbe Stunde später piff Paul über den Hof zu Kurt und Anna hinüber. Das rote Tuch hing hinter dem Schlafzimmersfenster, sie schließe noch.

„Piff... f... t — he, Kurt!“

Das Tuch wurde ein wenig beiseite geschoben und Annes blonder, glattgestrichener Kopf sah auf den Hof. — Sie war wütend. Heute konnten sie den Kurt wenigstens länger schlafen lassen. Um vier Uhr war er endlich vom Kleben nach Hause gekommen. Was war das überhaupt für ein Feiertag, wenn man nicht einmal länger schlafen konnte...!

Kurt war angewacht und sah sie am Fenster stehen.

„Wie spät ist es, Anna?“ dabei hatte er aber schon das Deckbett zurückgeworfen und stand auf.

„Mensch, Anna, wir verschlafen noch die Zeit... nu aber fir.“

„Junge, es ist noch nicht sieben Uhr, lege dich noch eine Stunde hin“, bat sie. In diesem Moment piff Paul wieder über den Hof.

„Du... sieh mal nach, das ist doch für uns... ist die Zeitung gekommen?... wäre ein Wunder, wenn sie heute nicht beschlagnahmt ist.“

„Paul hat gepiffen“, sagte Anna kurz.

„Kuf rüber... ich komme gleich... Kriege ich denn heute kein reines Hemd, Anna?... ach — hier liegt es ja schon.“

(Fortsetzung folgt)

3. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

Alle Anträge der Kommunisten im Reichstag auf Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten haben die Brüningregierung und die Sozialdemokratie stets mit der Ausrede abgelehnt, daß Geldmittel für die Durchführung nicht vorhanden seien. Für die „Dritlisse“, zugunsten der Großagrarien, hat diese Regierung 2 Milliarden Mark herausgeworfen, hunderte von Millionen an Subventionen für Trusts und Konzerne werden ausgegeben. Nur für Arbeitsbeschaffung ist „kein Geld da“. Dabei hat die kommunistische Partei durch ihre Reichstagsfraktion wiederholt die Möglichkeiten zur Finanzierung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms aufgezeigt. Wir heben hervor:

1. Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke. Ein Betrag von 755,4 Millionen für Reichswehr und Marine, 43,7 Millionen für Aufstellungen, 41 Millionen für offene und verdeckte Rüstungsausgaben.
2. Streichung aller Ausgaben für die militarisierte Polizei. Das Reich gibt dafür 190 Millionen, die Länder etwa 700 Millionen aus.
3. Kürzung der Gehälter und Pensionen der oberen Beamten und Angestellten in öffentlichen Stellen, soweit sie den Betrag von 6000 bzw. 6000 Mark jährlich übersteigen. Etwa 350 Millionen Mark würden dadurch frei werden.

4. Streichung aller Reichs-, Landes- und Gemeindezuschüsse an die verschiedenen Kirchen, kirchlichen Unternehmungen oder Verbände. Die Gesamthöhe dieser Zuwendungen überschreitet 500 Millionen Mark.

Soweit über diese Beträge hinaus zur Finanzierung der geforderten Arbeiten noch Gelder benötigt werden, sind sie wie folgt zu beschaffen:

1. Erhebung einer Millionsteuer, d. h. einer einmaligen Sondersteuer auf alle Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, soweit dieses 500 000 Mark übersteigt, in Höhe von 10 Prozent. Der Ertrag beträgt rund 3,5 Milliarden.
2. Besteuerung von Dividenden und Aufsichtsratsanteilen in Höhe von 20 Prozent. Damit würden 300 Millionen Mark aufgebracht werden.
3. Eine Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50 000 Mark jährlich in Höhe von 10 Prozent, das würde 200 Millionen Mark einbringen.
4. Offenlegung der Steuerlisten, Aufhebung des Bankgeheimnisses zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und der Kapitalflucht, Beschlagnahme aller Vermögen der Besitzenden, die Kapital ins Ausland verschleppen.

Durch diese Maßnahmen könnte der ungeheuerlichen Steuerhinterziehung der Reichen entgegengearbeitet und ein Betrag von etwa 500 Millionen Mark erbracht werden.

4. Der Kampf für unseren Arbeitsbeschaffungsplan

Gegen diesen Plan der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für viele Millionen deutscher Arbeiter wird die Kapitalistenklasse verzweifelt kämpfen, weil es dabei keine Profite zu verdienen gibt. In diesem Kampfe werden die Führer der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften an der Seite der Trustkapitäne und Börsenhyänen stehen.

Das Millionenheer der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter in Deutschland wird mit uns aber einer Meinung sein, daß dieser Plan der einzige ist, der das ungeheure Elend der Arbeitslosigkeit mindern kann.

Die Politik der Brüningregierung steigert das Massenelend der Erwerbslosen ins Maßlose. Bei einer Erwerbslosigkeit von 1,8 Millionen 1926 wurden für die sogenannte werkschaffende Arbeitslosenfürsorge 400 Millionen Mark bereitgestellt. Im Jahre 1930 ist diese Summe auf 230 Millionen gekürzt und für 1931 sind weitere starke Kürzungen vorgenommen. Dazu kamen die ständigen Verschlechterungen in der Arbeitslosen- und Rentenfürsorge. Die Kapitalistenklasse und ihre Regierung läßt die Opfer ihrer Profitgier, ihres Unvermögens, ihrer Miswirtschaft bedenkenlos zugrunde gehen.

Ihr Tölpelwerk der rebellierenden Massen hat die Brüning-

regierung eine „Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ eingesetzt. Zwei Gutachten dieser Kommission liegen vor? Angeblich „soll“ für einzelne Gewerbegebiete oder Betriebe die Höchstdauer der regelmäßigen Arbeitszeit auf 40 Stunden verkürzt werden. Die für die Arbeiter entscheidende Frage bei der Verkürzung der Arbeitszeit, die Frage des vollen Lohnausgleichs, wird von dieser kapitalistischen Kommission wie folgt beantwortet:

„In der gegenwärtigen Krise erscheint ein Lohnausgleich, der zur Erhöhung der Herstellungskosten führen würde, im allgemeinen nicht tragbar.“

Dieses raffinierte Manöver findet selbstverständlich die Unterstützung der Sozialdemokraten. Wissell, der ehemalige Arbeitsminister, schrieb bereits in seinem Neujahrsartikel im „Vorwärts“:

Der Gedanke einer Arbeitsstreckung mit Lohnausgleich würde bei der heutigen Wirtschaftslage auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Sollen die Arbeitsstreckung erfolgen, so kann sie nur bei entsprechender Verdienstsenkung erfolgen.“

Der Plan ist, das Lohnentkommen der im Betrieb stehenden Arbeiter weiter zu kürzen, den direkten Lohnraub durch den indirekten zu ergänzen.

Die reformistischen Vererber der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind für die kapitalistische Ausbeutung und die Erfüllung des Young-Plans auf Kosten der deutschen Werktätigen; aber sie sind gegen den brüderlichen Kampfband der Beschäftigten und Erwerbslosen zum gemeinsamen Kampfe gegen das ausbeuterische Kapital. Dieses Kampfband ist jedoch die Gewähr des Sieges über das volksfeindliche regierende System. Dieses Kampfband wird die Hungeraktion der Volksfeinde durch die vereinte Massenkraft aller Werktätigen geschlagen. Die kommunistische Partei wendet sich daher an die Millionenmassen des deutschen Proletariats und alle wertvollen Männer in Stadt und Land, unbekümmert ihrer politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, mit dem Kampfruf:

Kämpft gemeinsam mit uns für diesen Plan, der Millionen darbenenden Proletariern, Frauen und Kindern Arbeit und Brot schafft!

Mit Stolz fordern die Kommunisten das werktätige Volk auf, ihre Blide nach Sowjetrußland zu richten. In diesem Land der siegreichen Revolution, wo die Arbeiter und Bauern die Staatsmacht in der Hand haben, gibt es keine Arbeitslosigkeit. Dort ist eine grandiose Entwicklung des industriellen, sozialen und kulturellen Aufbaus. Dort ist der Siebenstundentag und die vier-tägige Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich durchgeführt. Dort steigt der Reallohn des Arbeiters von Monat zu Monat.

Dort wird mit dem Aufbau des Sozialismus eine wirklich umfassende soziale Fürsorge auf Kosten des Sowjetstaates für alle Arbeitenden geschaffen. Dieses leuchtende Beispiel der Ueberlegenheit des sozialistischen Systems über das System der kapitalistischen Ausbeutung und Katastrophopolitik zeigt allen deutschen Werktätigen, daß der Weg aus dem Elend nur der Weg des rücksichtslosen revolutionären Klassenkampfes, nach dem Vorbild der russischen Arbeiter und Bauern, sein kann.

Deutsche Arbeiter, Werk-tätige in Stadt und Land! Begreift, daß keine Parteigränze euch in diesem Kampfe um Brot und Arbeit trennen darf. Wir rufen euch alle, von Betrieb und Nachweis, von der Scholle und vom Bürostuhl, zum gemeinsamen revolutionären Kampf für diesen Plan der Arbeit!

Begreift aber auch, daß ihr alle vom Kapital ausgeraubt und ausgeplagt werdet, daß nur der revolutionäre Massenkampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus und ihre sozialdemokratischen Lakaien den darbenenden Millionen deutscher Arbeiter Brot und Arbeit bringen kann. Im Verlauf dieses Kampfes werden Millionen deutscher Arbeiter erkennen, daß der Kampf um Brot zu gleicher Zeit der Kampf um die Macht ist.

Sie werden ebenso erkennen, daß Kampf um Arbeit und Brot bedeutet: Kampf für Eroberung der Herrschaft des Proletariats, für den Sozialismus, für die Volksrevolution zur Errichtung eines Sowjetdeutschland!

Nazi und unser Bauernhilfsprogramm

Eine Selbstentlarbung der Nationalsozialisten

Unser Bauernhilfsprogramm veranlaßt auch die Nationalsozialisten zur Stellungnahme. Der „Angriff“ vom 22. Mai bringt dazu einen Leitartikel, der eine eklatante Selbstentlarbung der Nationalsozialisten bedeutet.

Zunächst wendet sich der „Angriff“ gegen die „entschuldigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes“. Bekanntlich war diese Forderung in dem feierlich für „unabänderlich“ erklärten Naziprogramm vom Jahre 1920 ebenfalls enthalten, wurde aber später von Hitler aufgehoben. Das großagrarische Anbeterverhältnis ist den Nationalsozialisten heilig, damit aber auch der Pachtwucher usw. gegen die Kleinbauern und die grenzenlose Ausbeutung der Landarbeiter.

Sehr kläglich ist die Behauptung des „Angriffs“, daß in der Sowjetunion „der Kleinbauer von dem Enteigneten kein Land zugereicht bekommen“ habe. Es hat sich nachgerade „sehen“ herumgesprochen, daß gerade die Aufteilung des Bodens — insgesamt 110 Millionen Hektar — eine der ersten Maßnahmen in Sowjetrußland war und besonders dazu beitrug, daß die Bauernschaft entschlossen gegen alle Anschläge der Kapitalisten ihre Sowjetregierung verteidigten.

Das Eintreten der Nationalsozialisten gegen die Enteignung des Großgrundbesitzes ist nicht nur ein Eintreten für die Junker und für das christliche und jüdische Bankkapital — (das durch die Kredite der Hauptbesitzer des Bodens ist) — sondern zugleich ein Kampf gegen die Schaffung der Voraussetzungen für den nationalen Befreiungskampf, der ohne die soziale Befreiung des Proletariats und der wertvollen Bauern unmöglich ist.

Der „Angriff“ wendet sich dann gegen die Kollektivierung in der Sowjetunion und läßt: „Der Fünfjahresplan zwingt die Bauern, ihr Eigentum an Grund und Boden in die Kollektivwirtschaft zu werfen,“ wo sie „von frühmorgens bis spät abends“ für die Regierung schuften müssen. Tatsache ist, daß die Freiwilligkeit des Beitritts zur Kollektive besteht und durch sie, auch für die Bauern, der achtstündige Arbeitstag ermöglicht wird. In diesem Zusammenhang muß man aber eine andere Frage stellen, wobei wir zunächst die zu den Nationalsozialisten stehende „Deutsche Tageszeitung“ vom 24. Mai zitieren wollen:

„Das Mechanisieren ist die wahre Ursache der Weltagrarkrise, wie sie sich namentlich im letzten Jahre so scharf entwickelt hat. ... Was verschlagen da aber selbst die höchsten Schutzgötze in der Welt, wenn man doch mit einer sogenannten primitiven Art der Produktion oder aber auch der intensiv bewirtschafteten Felder nicht mehr bagegen auskommen kann... Eine solche Verbilligung der Erzeugungskosten für Getreide mit unseren Produktionsmitteln im Inland, wie sie sich bei der jetzigen Produktion der „Getreidefabriken“ zeigt, ist einfach ausgeschlossen.“

Wie kann die Bauernschaft aus der Krise herauskommen, wenn eine Hauptursache der Agrarkrise die Mechanisierung ist? Kann der Bauer auf 5 oder 10 Hektar Land einen Traktor oder gar Mähdreher verwenden? Nein! Der Bauer kommt hier unter dieäder des Traktors! Nichts hatten die Nationalsozialisten dem gegenüberstellen. Bauer verrede — das ist ihre einzige Weisheit. Dagegen kann sich der Bauer in der sozialistischen Kollektive auf den Traktor setzen! Der „Angriff“ möge sich ins Stammbuch schreiben, was die „Deutsche Tageszeitung“ in der erwähnten Nummer dazu erklärt:

„Nach der ungeheuren Vergrößerung der Anbauflächen, die mit Hilfe des Traktors und Mähdrehers mit ganz wenigen menschlichen Arbeitskräften bearbeitet, ungeheure Mengen an billigstem Weizen dem Weltmarkt zuführen können, ist heute kein Zweifel mehr, daß auch in Rußland „Getreidefabriken“ betrieben werden können, die dieses Land wieder in die Reihe der Getreideexportländer eingliedern. Jedenfalls haben wir davon bereits die ersten Proben erhalten, die allen Theoretikern — denen über Rußland verzapfte Weisheit sich auf einer Verkennung der neuen Mechanisierung des Getreidebaues gründet — zum Trost heute wohl schon eine andere Auffassung Platz greifen läßt. Unerbittlich greift der Traktor und Mähdreher um sich auf den weiten Flächen, die nun einmal für seine größte Leistungsfähigkeit notwendig sind.“

Einzig und allein durch die Kollektivierung kann der Bauer sich Traktor und Mähdreher nutzbar machen. Kollektivierung aber ist wiederum nur möglich im sozialistischen System.

Uniere Forderung auf Streichung der Schulden der Bauern sowie der Steuern der Kleinbauern und Herabsetzung der Steuerlast der Mittelbauern findet das Naziprogramm „großartig“, habe aber „nur den einen Fehler, daß die Kommunisten selber nicht wissen, wie sie das machen sollen.“ Es sei also nicht durchführbar. Ei ei! Die Zinswucherer, die Bankherren kann man nicht enteignen und damit die Schulden niederschlagen? Man muß sich dieses Geständnis der Nationalsozialisten merken. Es ist durchaus richtig, daß unter nationalsozialistischer Herrschaft so etwas ganz undenkbar ist; denn die Nazis sind ja die Beschützer der Zinswucherer.

In der Sowjetunion dagegen wurden durch die proletarische Revolution die vier Milliarden Mark Schulden der Bauern niedergeschlagen und die proletarische Revolution in Deutschland wird dasselbe tun.

Undenkbar für die Nationalsozialisten ist es auch, die Steuerlast der wertvollen Bauern zu beseitigen. In Sowjetrußland wurden 33 Prozent aller Bauern oder 8 Millionen kleiner Bauernwirtschaften, von sämtlichen Steuern befreit und bei den Mittelbauern um rund 40 bis 50 Prozent der Vorkriegssteuern herabgesetzt. Möglich war das, weil keine Parasiten mehr am Volkstörper nagen. Ja, allein die Sperrung der Subventionen an die Großagrarien oder die Annahme unseres Antrages auf Sonderbesteuerung der Millionäre und Großverdiener hätte die Durchführung der Steuerentlastung der wertvollen Bauern bedeutet, aber die Nationalsozialisten waren wie die Sozialdemokraten als getreue Millionärsknechte gegen diesen Antrag.

Undenkbar ist für das Goebbels-Organ auch die Bejeitigung der Massenarbeitslosigkeit. Tatsache aber ist, daß es in der Sowjetunion keine Arbeitslosigkeit gibt, dagegen ist sie im faschistischen Italien wie in den anderen kapitalistischen Ländern riesengroß und eine Dauererscheinung.

Der „Angriff“ stellt mit seinem Artikel unter Beweis, daß es innerhalb des kapitalistischen Systems — gleichgültig ob demokratischer oder faschistischer Herrschaftsform — keine Rettung für die wertvolle Bauernschaft gibt. Diese Beweisführung ist durchaus gelungen. Rettung für die wertvollen Bauern bringt aber die Verwirklichung unseres Bauernhilfsprogramms, dessen Durchführbarkeit durch die Praxis in der Sowjetunion erwiesen ist. Der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Bauern unter Führung der kommunistischen Partei wird auch in Deutschland dieses Programm in die Tat umsetzen.

Kommunisten-Verhaftungen

Die bürgerliche Presse meldet aus Königsberg:

„In Deutsch-Ostpreußen sind die kommunistischen Führer Ant. Arolowitsch, Karl Preuß und Otto Schönhoff von der Polizei verhaftet worden. Sie stehen unter dem Verdacht der Vorbereitung des Hochverrats. Die Verhafteten wurden in das Gefängnis Rosenberg eingeliefert.“

Der Vertreter der Telegraphen-Union will dazu folgendes erfahren haben: Im Laufe der letzten Wochen ist den Offizieren sämtlicher ostpreussischer Reichswehrregimenten der bekannte Brief Scheringers überhandt worden. In einem Antwortschreiben wurden die Offiziere aufgefordert, sich dem Beispiel Scheringers anzuschließen und in die Sowjetarmee überzutreten. Ein von den Kommunisten hinausgeworfenes Mitglied erschien nun bei der Polizei und erklärte, daß die drei genannten Kommunisten an die ostpreussischen Reichswehrregimenten den Scheringer-Brief gefandt hätten.“

Von Tag zu Tag steigert sich mit den faschistischen Diktaturmaßnahmen auch die Hecke der Verhaftungen, um ein Verbot der Partei zu erreichen. Gegen die Meldung von den „5000 gefangenen Stahlhelmadligen“, heute die Meldung über die Verhaftung der...

Das Gesamtwahlergebnis bei der Reichsbahn

Nach den bisherigen Meldungen liegt ein vorläufiges Gesamtergebnis zum Hauptbetriebsrat bei der Reichsbahn vor. Es erhielt 50 Stimmen:

Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition	32 113
Einheitsverband (freigewerkschaftlich)	167 899
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (christlich)	52 079
Allgem. Eisenbahner-Verband (Hirsch-Dunker)	19 037
Industrie-Verband	631
Verbandsverband (Gelbe, Nazis)	1 016

Damach hat die R.D. ihre Stimmzahl um rund 10 000 oder fast 50 Prozent gesteigert, während die Reformisten etwa 25 Prozent verloren.

„Freiwillige“ Arbeitsdienstpflicht in Sachsen

Vor einiger Zeit fanden Verhandlungen zwischen der reaktionären Schiedsregierung in Sachsen und den Gewerkschaften statt. Auf Wunsch des Finanzministeriums soll im Bauhener Bezirk ein Nach durch freiwillige Arbeitsdienstpflicht reguliert werden. Das Projekt kommt auf diese Weise nur auf 305 000 Mark zu stehen, da man allein 300 000 Mark an Löhnen sparen will. Junge, unverschämte Erwerbslose sollen bei freier Kost und Kleidung und ein „Taschengeld“ von 50 Pfennig zu dieser Sklavenei gezwungen werden.

Zwei R.G.O.-Zeilungen

muß jedes R.G.O.-Mitglied an seine Arbeitskollegen vertreiben. Das sagt der Sturmplan der R.G.O.

Schauspielhaus
Operettenabende
Fernspr. 36300
Täglich 8 Uhr:
Liebe und Trompetenblasen
Vollständige Preise

SCHUHE

NUR DEUTSCHE QUALITÄTSGUTER
kaufen Sie am besten und billigsten im
SCHUHHAUS REMANE

Liegnitz, Carhausstr. 7, am Bahnhof
Mitgl. des Rabattsparvereins Liegnitz

Zentral-Theater

Breslau VI, Westendstraße 50
Nur bis einschl. Mittwoch, den 3. Juni
(Donnerstag, den 4. Junigeschlossen)
bringen wir auf vielfachen Wunsch
nochmals in der Westvorstadt das
anerkannt beste Tonfilm-Lustspiel
des Jahres

Die Privatskretärin
mit Felix Bressart — Renate Müller —
Hermann Thiemeig — in vollendet reiner
Ton- u. Bildwiedergabe zur Auführung

Im Beiprogramm
unter Begleitung unserer Hauskapelle
Falschmünzer

Ein sensationeller Film in 8 Akten
mit Oskar Marion

Auf der Bühne:
4 Bräuwitsch 4
Männer - Gesangs - Quartett
Beginn täglich 4,30, Letzte Vorstellung 8,45 Uhr

Capitol Strehlen

Freitag bis Montag, 7 u. 9 Uhr
Sonntags 8, 5, 7, 9 Uhr

Zapfenstreich am Rhein

Fundfachen-Versteigerung

Die Fundfachen aus der Zeit vom
1. 10. 1930 bis 31. 8. 1931 werden am
Freitag, dem 5. Juni 1931, vormittags 9 Uhr
in der früheren Omnibushalle, Loh-
straße 72 — Toreingang — meistbietend
gegen Barzahlung versteigert. Die Ver-
kaufsmachtungen über die gefundenen
Gegenstände haben im Rathaus öffentlich
ausgehängt.

Verwaltung der Stadt, Straßenbahn

Gut und preiswert kaufen Sie in der
Fleischerei und Wurstfabrik
Gustav Beyer, Fürstenstr. 3/5

Wenn Sommerstoffe so billig...

sind und es sich dabei um wirklich gute, erprobte
Qualitäten handelt, dann braucht man sich nicht
lange zu überlegen, dann greift man zu — oder
bestellt sich kostenlos Muster!

Georgette

das duftige Sommerkleid, in
reiner und Kunstseide, in
modern. Mustern
und Farben
ca. 100 cm breit
Rm. 3,90, 4,90

Crêpe Maro- caine - Druck

schöne neue Farben, in den
mod. Druckmust.
in hell und dunkel
ca. 100 cm breit
Rm. 5,50, 4,90

Sonderangebot!

**Crêpe Maro-
caine**
Kunstseide, mit unschein-
baren Fehlern

Rm. **2 65**

Tweed

für Kleider und Kostüme
in Pastell-Tönen, ca. 70 cm
breit

Rm. **1 35**

Woll- musseline

das praktische Strapazier-
kleid für den Sommer
neue u. alte Aus-
musterungen
Rm. 2,90, 2,35,
1,90

1 65

Voll-Voile

in Tupfen und
Blumenmustern
ca. 100 cm breit
Rm. 3,10, 2,90, 1,90

1 60

Seidenhaus

M. Fischhoff

Breslau I, Ring 43

Ausnahmepreise

in Fleisch- und Wurstwaren!

Schweinebauch	Pfd. 0,45	Wt.
Schweinefleisch	Pfd. 0,55 u. 0,60	"
Schweinefotelett u. -schmelz	Pfd. 1,00	"
Rindfleisch m. Knochen	Pfd. von 0,85 an	"
"	1,30	"
Gammelfleisch	Pfd. 0,80—1,10	Wt.
Rindfleisch ohn. Kn.	von 0,80 an	"
Suppenfleisch	0,50—0,70	Wt.
Büffel Fleisch	u. 0,70 an	"
Räucherfleisch	u. 0,75	"
Frischer Speck	0,60—0,70	Wt.
Lungenfett	0,55	"
Räucherfett	0,70 u. 0,75	"
Ausgelassenes Schweine- und Griebenfett	Pfd. 0,70	"
Geräucherter Bacon	Pfd. 0,55	"
Frische Bacon 0,45, gepözl. Bacon 0,45	Pfd. 0,60	"
Gulasch und Gehacktes mit Schweinefleisch	Pfd. 0,70	"
Gepöhlte Eisbeine	Pfd. 0,80	"
Frische Schweineköpfe	0,80	"
Prima Teemurst	1/4 " 0,85	"
Jervelatwurst	1/4 Pfd. 0,20—0,80	"
Garte Jervelatwurst und Calami	1/4 Pfd. 0,85 und 0,40	"
Metzwurst	1/4 Pfd. 0,20	"
Breßkopf	1/4 Pfd. 0,15	"
Rachsalami	1/4 Pfd. 0,25	"
Mortabella	1/4 Pfd. 0,20	"
Braunschweiger	Pfd. 0,70 — 1,—	"
Rindbassa	Pfd. 0,70 — 1,20	"
Breßwurst	1/4 " 0,40 — 0,60	"
Leberwurst	1/4 " 0,40 — 1,20	"
Frühstücksped	1/4 Pfd. 0,80	"
Bierwurst	1/4 Pfd. 0,80	"
Gelocht u. roher Schinken	1/4 " 0,85	"
Rindfleischmurst	Pfd. 0,50—0,70	"
Schleifische	0,80—0,80	"
Ger. Bratwurst u. Bodwurst Paar	0,15	"
fr. Luftschmitt	1/4 Pfd. 0,25 und 0,35	"
Frische Wiener	Paar 0,10	Wt.

Adolf Weiß Moltkestraße 13
Femur 256 69



Tausende Damen-Hüte

zu unerhört billigen Preisen!

- Serie I
Aparte Sommerhüte **1 45**
darunter auch Frauenhüte ...
- Serie II
Große Glocken **2 45**
mit fescher Bandgarnitur ...
- Serie III
Schöne Kleiderhüte **3 45**
nur moderne Formen u. Farben



TIETZ



AUSSTELLUNG UNSERE WOHNUNG

VOM 30. MAI - 28. JUNI 1931
AUSSTELLUNGSGEBÄUDE "SCHEITNIG"

Lebensmittel aller Art

in nur besten Qualitäten | in den **Edeka-**
zu niedrigsten Preisen | **Geschäften!**
und 8 Prozent Rabatt

Besuchen Sie die Veranstaltungen der
Edeka während des Verbandstages!

Fahrräder / Nähmaschinen
Sprechapparate und Platten
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
auch bequeme Teilzahlungen bei
Georg Greulich, Hummerlei 52

Brennholz:

Schwarten und Säumlänge
gibt billig ab
Dampfzuggewerk Breslau 10
Verlängerte Niedergasse

Otto Rademacher

Malergeschäft
Sagan, Gymnasialstraße 10
empfiehlt sich zur Ausführung
sämtlicher ins Fach schlagender
Arbeiten — **Eigene Lettergerüste**

Bei Bedarf an Schuhwaren

empfehle ich mein reichhaltiges Lager
deutscher Fabrikate
in bekannt. Qualitäten zu be-
deut. ne. abgesetzten Preisen
Franz Muehe :: Schuhmachermeister
Liegnitz, Mühlenstraße Nr. 4
Besohler schnell, sauber und dauerhaft

Genosse u. Genossin

kauft nur bei den
Geschäftsleuten
die in der
„Arbeiter-Zeitung“
inserieren!



Nur Vorteile wenn Sie bei uns kaufen!

HOSEN-VERKAUF

zu den niedrigsten Preisen - Riesenauswahl
Knickerbocker • Breches-Hosen
und gestreifte Hosen

Weiß Hosen • Tennis-Hosen
Ein Posten Hosen zur Ergänzung für Anzüge

Eigene Anfertigung

Zahlungserleicht. durch die Kunden-Kredit-GmbH.

L. PRAGER

Gegründet 1860 * Albrechtstr. 51
Eingang nur Ecke Schuhbrücke

Aus der Riesenauswahl der von mir bereitgestellten Lebensmittel des täglichen Bedarfs bringe ich heute eine separate Ausstellung nachstehender 10 extra großen Schläger im Zeichen der Zeit.

- Ich biete, auf 5 Tischen sichtbar zur Schau gestellt,
an, und zwar:
- Tisch 1: Prima Dauer-Jervelatwurst in Rindsdarm,
das Pfd. nur 1,24 Wt., 1/4 Pfd. 52 Pf.
Prima Dauer-Jervelatwurst in Fettsdarm,
das Pfd. nur 1,28 Wt., 1/4 Pfd. 55 Pf.
- Tisch 2: Prima Dauer-Fleischwurst in Rindsdarm,
das Pfd. nur 1,38 Wt., 1/4 Pfd. 58 Pf.
Prima Deutscher Räucherfett, d. Pfd. 64 Pf.
- Tisch 3: Cellarbinen in Portiondosen, 1 Dose 20 Pf.,
5 Dof. —,98; 10 Dof. 1,94; 25 Dof. 4,80,
50 Dof. 9,50; 100 Dof. 18,80 Wt.
Schindards in Del, prachtvoller, farbigenart.
Fisch, die Dose —,42; 5 Dosen 2,—;
10 Dosen 3,80 Wt.
- Tisch 4: Würstlein-Gebäck, prachtvolle Reserve für
jeden Haushalt, 1/4 Pfd. 20 Pf.; 1/2 Pfd.
38 Pf.; 1 Pfd. 75 Pf.
Erfrischung-Dessert-Waffeln, 1/4 Pfd. 20 Pf.;
1/2 Pfd. 38 Pf.; 1 Pfd. 75 Pf.
- Tisch 5: Bodeña-Vollmilch-Schokolade, die Tafel zu
100 Gr., 1 Tafel 22 Pf.; 3 Tafeln 60 Pf.;
5 Tafeln 98 Pf.
Schmelz-Schokolade in 1-Pfd.-Blöck, un-
verderbliche Qualität zum Kochen und Roh-
essen, 1 Pfd. —,98; 3 Pfd. 2,90; 5 Pfd.
4,75; 10 Pfd. 9,25 Wt.

Vorstehende 10 große Schläger auf dem Lebensmittel-
markt dürften allseitig von allergrößtem Interesse sein,
und ich lade zur Besichtigung dieser Ausstellung in
meinen Verkaufsräumen, Albrechtstraße 56, ohne jeden
Kaufzwang ein.

Meine sämtlichen anderen Waren kommen zu zeit-
gemäß ganz billigen Preisen bei nur einwandfreien
Qualitäten zum Verkauf.

Max Schönfelder

Breslau I, Albrechtstraße 56.
Prompter Versand nach auswärts!
R. B. Meine
In Molkerei-Lafelbutter
konnte ich wieder auf
1,45 Wt. für das ganze Pfd. herabsetzen.